



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Aktivierung und Passivierung am Beispiel der empresas
recuperadas in Argentinien

Verfasser

Stephan Ebert

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 040 6591

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Ulrich Brand



universität
wien

Gefördert mit einem KWA-Stipendium des
Forschungsservie und Internationale Beziehungen
der Universität Wien

Es un quilombo.

Oscar, La Nueva Avan,
Pilar, Provincia de Buenos Aires.
5. Februar 2010

A Amalia, Kathi y Rosamonte.

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung und Forschungsfrage	9
Die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci	13
Hegemonie, Hegemonie-Apparate, organische Intellektuelle	14
Passive Revolution	18
Die Staatstheorie Nicolas Poulantzas	22
Staat als gesellschaftliches Verhältnis	23
Der Block an der Macht	24
Der bürgerlich-kapitalistische Staat als Feld von Aktivierung und Passivierung	25
Aktivierung und Passivierung	27
Formen von Aktivierung und Passivierung	29
Feld der Krise	32
Die Hegemonieapparate nach Buci-Glucksmann	34
Eigene Formen der Aktivierung	38
Entwicklung der Politik und Wirtschaft in Argentinien	42
Wirtschaftliche Reformen der 90er Jahre	42
Auswirkungen der Reformen	43
Die Krise 2001	45
Auswirkungen der Krise	47
Das neue Modell der wirtschaftlichen Entwicklung unter den Kirchners	47
Die empresas recuperadas in Argentinien	50
Definition der empresas recuperadas	50
Ablauf einer Besetzung	51
Entwicklung der ERT	52
Die rechtliche Situation der ERT vor der Reform des Konkursgesetzes	55
Die Organisationen der ERT	58
Die ERT als Aktivierung der Arbeiter	60
Die Reform des Konkursgesetzes als Passivierung	64
Interpretation der Vor- und Nachteile der Reform	66
Aspekte der Passivierung durch die Gesetzesreform	68
Conclusio	69
Literatur	72

Einleitung und Forschungsfrage

In meiner Diplomarbeit möchte ich zunächst zeigen, dass die *empresas recuperadas* (ERT) durch ihrer Konstitution, der Modi und Bedingungen ihrer Entstehung, als ein alternatives Modell der Wirtschaft angesehen werden können.

Dann geht es darum zu zeigen, wie dieses alternative Modell der ERT vom Staat in Argentinien aufgenommen wird und wie die ERT andererseits versuchen von diesem aufgenommen zu werden. Also einerseits, wie die ERT und ihre Akteure versuchen sich in die Sphäre der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates einzuschreiben, ihren Platz zu finden und akzeptiert zu werden, und andererseits, wie die Mechanismen des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft auf diesen Versuch des Einschreibens reagieren.

Meine These ist, dass sie es zwar schaffen, sich auf eine gewisse Weise in die vorhandenen und existenten Verhältnisse einzuschreiben, sie aber von eben jenen gleichzeitig daran gehindert werden, als breites Vorbild für eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsform zu fungieren. Dies geschieht dabei durch die herrschenden Verhältnisse und politischen Akteure innerhalb der ökonomischen, kulturellen und politischen Sphäre des bürgerlich-kapitalistischen Staates und dessen Reproduktionsformen, sowohl die der Produktionsverhältnisse als auch der Reproduktion der Macht, welche in den drei genannten Sphären selbst herrschend ist.

Meine These ist, dass durch die spezifische Beschaffenheit des bürgerlich-kapitalistischen Staates, durch seine eigene gesetzmäßige *Materialität*, es den ERT nicht möglich ist, mehr als nur eine der vielen alternativen Erscheinungen am Rande des Systems zu sein. Sie schaffen es zwar sich innerhalb Argentiniens bis zu einem gewissen Grad zu etablieren und können auch als ein valides Alternativmodell für bestimmte Situationen dienen, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen finden sich dabei innerhalb der wirtschaftlichen Veränderungen und später in der daraus resultierenden politischen Krise in Argentinien zu Beginn des letzten Jahrzehnts.

Dementsprechend werde ich folgender Forschungsfrage nachgehen: Erzeugen die ERT und die ihnen zugehörigen Akteure eine eigene Hegemonie im Sinne Gramscis und können sie diese zumindest teilweise in die Gesellschaft Argentiniens einschreiben?

Davon abgeleitet ergeben sich zwei theoriegeleitete Thesen. Erstens: Die ERT erschaffen zumindest teilweise eine eigene Art von Hegemonie im Sinne Antonio Gramscis. Die Arbeiter der ERT *aktivieren* sich als Subalterne gegen die herrschenden Verhältnisse, entwickeln dadurch eine eigene Hegemonie und versuchen diese innerhalb eines ihnen gegebenen Rahmens durchzusetzen.

Zweitens: Der argentinische Staat reagiert auf die ERT auf eine spezifische Weise, die es erlaubt die moralische Dynamik der ERT nicht zu unterlaufen; er bindet sie allerdings nach seinen Regeln in sein eigenes Legitimations- und Herrschaftsregime ein, er kooptiert bzw. passiviert sie und integriert sie in sein eigenes hegemoniales Projekt mit ein.

Meine These zur Aktivierung der Subalternen drückt aus, dass es im Zuge einer Krise der Reproduktion der Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse immer zu einer Aktivierung der Betroffenen kommt. Sofern die Krise der Reproduktion die eigene, unmittelbare Reproduktion der Lebensgrundlagen tangiert, wird Kritik an den (zuvor) herrschenden Verhältnissen geübt und diese Kritik gleichzeitig mit alternativen Praktiken innerhalb der Reproduktionssphäre der Betroffenen unterstützt. Die Tatsache, dass sich diese Praktiken teilweise aus existentieller Not, wie etwa bei den ERT oft geschehen, manifestieren, heißt nicht, dass sie keine valide Alternative darstellen oder diese durch ihr Handeln formulieren. Durch die Praxis, das tatsächliche Tun der Alternative, wird diese ja existent und real und somit auch greifbar.

Wie weit kann eine solche Alternative aber gehen? Dies hängt von mehreren Faktoren ab: Wird sie in einen Kontext gesetzt, der es beispielsweise erlaubt diese Praxis der Alternative zu theoretisieren und auch anderen, die nicht direkt von der Krise der Reproduktion betroffen sind, zugänglich zu machen? Wird die Praxis den daran Teilhabenden bewusst? Wird das Bewusstsein anderen zugänglich gemacht?

Deswegen gilt: Die ERT stellen in vielerlei Hinsicht eine Alternative zu gängigen wirtschaftlichen Praktiken dar und schaffen es auch sich innerhalb bestimmter Bereiche als eine Alternative zu anderen Praxen zu etablieren.

Dennoch bleiben andere antagonistische Strukturen innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse bestehen, welche die ERT nicht per se verändern können.

Das liegt unter anderem daran, dass viele der Arbeiter innerhalb der ERT gar nicht Interesse daran haben, als aktive Akteure diese wirtschaftliche und gesellschaftliche

Form zu unterstützen, da es ihnen primär um den Erhalt ihrer Lebensgrundlage geht. Abgesehen davon spielt das Bewusstsein an einer möglichen Alternative teilzuhaben für die Arbeiter nicht unbedingt die Rolle, die ihnen von Seiten der Forschung/Ideologie zugeschrieben wird.

Meine zweite These, jene, die das antagonistische Zusammenspiel zwischen argentinischem Staat und den ERT beschreibt, basiert auf komplexen Wirkungen von Gegensatzpaaren: Indem der Staat und die Produktionsverhältnisse die Voraussetzungen für die Verbreitung der ERT sowohl passiv obsolet machen, als auch diese aktiv in ihre Politik einbinden, wirken verflochtene Mechanismen der gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse gegen die weitere Verbreitung der ERT. Sofern diese Mechanismen erfolgreich sind, wird die Entwicklung der ERT gelenkt und es werden die Grundverhältnisse der Beziehungen Arbeit und Gesellschaft innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht angetastet.

Ich will in meiner Diplomarbeit anhand der ERT zeigen, wie es innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Staates zu Formen der Aktivierung seitens der Subalternen kommt und wie diese, durch die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eigene Plastizität und deren Einbettung in den bürgerlichen Staat, wiederum passiviert werden. Passivierung bedeutet dabei, dass entweder Akteure der herrschenden Klasse oder äußere Umstände, welche den Produktionsverhältnissen gemein sind, die Subalternen dazu bringt, von ihren während der Aktivierung entstandenen Forderungen abzuweichen. Einerseits durch die Herstellung eines Konsens zwischen herrschender Klasse und den Subalternen oder eben durch den Zwang, den die herrschenden Verhältnisse ob ihrer Existenz ausüben.

Buci-Glucksmann erwähnt in ihrem Artikel zur politischen Theorie Antonio Gramscis "Über die politischen Probleme des Übergangs: Arbeiterklasse, Staat und Passive Revolution", die "Plastizität" und ein bestimmtes "Anpassungsvermögen" der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, welche "(...) es ihnen in Krisenzeiten ermöglicht, ihre eigene "Neustrukturierung" zu leisten." (vgl. Buci-Glucksmann 1977, 15) Diese Fähigkeit zur eigenen Neustrukturierung erlaubt es ihnen an der Macht zu bleiben und sich auf neue Art zu reproduzieren. Es ist klar, dass es nicht die Produktionsverhältnisse selbst sind, welche sich durch ihr eigenes Tun an der Macht erhalten, sondern es ist die ihnen zugehörige gesellschaftlich herrschende Klasse oder

Klassenfraktionen, welche Interesse daran haben, die Produktionsverhältnisse zu reproduzieren. Sie sind es auch, die im Zuge der Passivierung den Konsens mit den zuvor aktivierten Kräften suchen, um gerade eben jenes zu erreichen: Die Reproduktion der Verhältnisse, die sie an der Macht halten.

Wenn ich von Aktivierung spreche, meine ich damit zunächst die Reaktion einer unbestimmten Zahl von Akteuren auf ein sich innerhalb ihrer Lebensverhältnisse stellendes Problem. Dieses Problem kann prinzipiell innerhalb jeder relevanten Sphäre auftreten, beispielsweise der gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen oder ökologischen Sphäre. Die Aktivierung ist dabei immer ein Prozess der Problemlösung seitens der beteiligten Akteure. Weiter unten werde ich darauf eingehen, welche Stufen der Aktivierung in diesem Prozess deskriptiv erfassbar sind. Diese können dabei innerhalb der Logik der bestehenden Verhältnisse agieren oder außerhalb derselben. Während die Aktivierungen innerhalb der bestehenden Logik keine Passivierung seitens des Staates oder der herrschenden Verhältnisse nach sich ziehen, ist das bei den Aktivierungen außerhalb der Logik anders. Hier setzt die Passivierung ein.

Gleichzeitig will ich aber auch deutlich machen, dass diese Aktivierungen, bzw. die Aktivierung der Arbeiter der ERT im Zusammenhang mit der politischen Krise des argentinischen Staates, nicht umsonst sind oder sogar wieder verschwinden, sobald sich die politische und wirtschaftliche Reproduktion wieder in Gang setzt. Sondern, dass diese Aktivierungen aus einem emanzipatorischen Winkel betrachtet durchaus eine gewisse Veränderung hin zu einem neuen Schritt im Sinne der *Stellungskriege* Gramscis darstellen und dass sich diese "Hegemonie" teilweise in die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen einschreibt und so zumindest einen graduellen Wandel derselben bewirkt.

Ich will also zeigen, dass die Praxis der ERT in bestimmten Verhältnissen oder Kreisen als eine Art Anleitung zur Lösung von Problemen "hegemonial" geworden ist, diese gleichzeitig vom Staat passiviert wird, sodass sie den Verhältnissen, welche die Macht der herrschenden Klasse reproduzieren aber nicht gefährlich werden können.¹

¹ Wobei hier gesagt werden muss, dass ich gerade die Analyse der herrschenden Verhältnisse nicht zu leisten vermag, da dies den Rahmen meiner Diplomarbeit sprengen würde. Ich werde meinen Fokus deswegen reduzieren, sodass die Analyse von Aktivierung und Passivierung noch in den für sie wichtigen Rahmen eingebettet ist. Da mein Augenmerk auf die Aktivierung und deren *Hegemonie-Werdung* gerichtet ist, werde ich mich beim Teil der Passivierung darauf beschränken, von wem diese ausgeht - also dem argentinischen Staat und dem wirtschaftlichen Regime unter welchem dieser

Dieses Verhältnis von Aktivierung und Passivierung möchte ich in meinem Theorieteil *genauer spezifizieren, um es dann später anhand von zwei empirischen Beispielen zu den ERT zu verdeutlichen. Hierfür will ich zunächst auf die relevanten Begriffe zur Theorie der Hegemonie bei Antonio Gramsci genauer eingehen.* Diese sind wichtig um das Verhältnis zwischen herrschender Klasse und den beherrschten Klassen klar zu umreißen, und um aufzuzeigen, wie eine Klasse oder eine Fraktion innerhalb eines Staates hegemonial werden kann. Im zweiten Schritt möchte ich mit Hilfe der Staatstheorie von Nicos Poulantzas das Aktionsfeld von Aktivierung und Passivierung zeichnen, den bürgerlich-kapitalistischen Staat. Die Staatstheorie von Poulantzas beruht selbst auf den Überlegungen Gramscis zur Hegemonie und zu dem *integralen Staat*. Für mich ist es wichtig, dass sie zeigt, dass der Staat als “gesellschaftliches Verhältnis“ (Demirovic u.a. 2002, 14) eben durchlässig ist und aufgrund seiner Eigenheit als “Terrain der sozialen Kämpfe“ (Demirovic u.a. 2002, 15) von “Volkskämpfen“ in seinem Inneren durchzogen ist und so das Feld für Aktivierung und Passivierung konstituiert.

Die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci

Seine Arbeiten zur Hegemonie und dem integralen Staat entstanden durch die Beobachtung mehrerer historischer Ereignisse seiner Zeit, bei denen er zugegen war und teilweise auch versucht hat aktiv einzugreifen. So sind die prägendsten historischen Momente seiner Arbeit etwa die Fabrikräte von Turin, der *Nouvo Ordine*, in Italien nach dem 1. Weltkrieg, das *Risorgimento* in Italien, also der Versuch einer bürgerlichen Revolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Italien, sowie später das Aufkeimen des italienischen Faschismus. Außerdem hat er sich auch mit der russischen Oktoberrevolution, der französischen Revolution der Jakobiner und dem Produktionsregime des Amerikanismus sowie des Fordismus auseinandergesetzt. Was ihn dabei interessierte war die Frage, wie eine revolutionäre proletarische Strategie

agiert. Denn will man das Konzept der Aktivierung und Passivierung auf die Spitze treiben, ist auch dieser an bestimmte Verhältnisse gebunden gegen welche er als Akteur sich wiederum aktivieren müsste. Deshalb muss ich eine Analyse der “herrschenden Klasse“ innerhalb des argentinischen Staates schuldig bleiben.

beschaffen sein müsste, um eine erfolgreiche Revolution der Arbeiter praktisch anzuleiten und entwickelte aus dieser Frage heraus später seine eigene “Philosophie der Praxis“. Eine der wichtigsten Beobachtung, die er bei seinen Studien zur Oktoberrevolution in Russland und der gescheiterten bürgerlichen Revolution des Risorgimento machte ist der Unterschied der Entwicklungsstadien der beiden Staaten zwischen dem bürgerlichen Italien und dem zaristischen Agrarstaat Russland. Während die Oktoberrevolution erfolgreich war, weil sie den Staat und seine Apparate mit einer konzentrierten Aktion erobern konnte und so die administrative Macht übernahmen, gestaltete sich eine Revolution im bürgerlichen Staat schwieriger, da sich dieser durch eine breitere Aufteilung in verschiedene gesellschaftliche Bereiche und Sphären auszeichnet, die nicht einfach mit Gewalt eingenommen werden können. Gramsci spricht hier von einem “Stellungskrieg“ (Buci-Glucksmann 1977, 16) der verschiedenen Klassen und Fraktionen der bürgerlichen Gesellschaft, der die beteiligten Akteure dazu zwingt, eine andere Strategie der Machtergreifung zu entwickeln. Diese Beobachtung brachte ihn dazu den leninistischen Begriff der Hegemonie neu zu untersuchen und neu zu definieren.

Hegemonie, Hegemonie-Apparate, organische Intellektuelle

Thomas Bates schreibt in seinem Artikel der wichtigste Aspekt der Hegemonietheorie Gramscis ist, dass innerhalb eines bürgerlichen Staates die herrschende Klasse sich nicht alleine durch die Ausübung von Zwang und Gewalt an der Macht hält, sondern dass sie es schafft, Ideen für sich arbeiten zu lassen. Gramsci schließt sich hier Marx an, der beobachtet hatte, dass die herrschenden Ideen eines Zeitalters auch immer die Ideen der herrschenden Klasse sind. Die Hegemonie ist einerseits nach aussen wirksam, sie ordnet und organisiert die Ideen der beherrschten Klassen. Andererseits konstituiert sie nach innen auch die Klasse an der Macht als die selbe. (vgl. Bates 1975, 351)

Im Gegensatz zu Marx‘ Argument, jeder Staat stelle eine Art der Diktatur dar, erkennt Gramsci, dass diese Erklärung erstens zu einfach ist und zweitens, dass diese Annahme +die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit auf eine falsche Fährte führte, wenn es darum ging, ihre revolutionäre Strategie zu entwickeln, da dieses Konzept die

Komplexität von Herrschaft zu kurz fasste und wichtige Punkte nicht erklären konnte. Gramsci war sich dessen durch seine Beobachtungen bewusst und führte einen weiteren Begriff ein, den er von Lenin (Buci-Glucksmann 1977, 15) entlehnte, ihn aber in einer anderen Bedeutung verwendete den Begriff der *Hegemonie*. Thomas R. Bates sagt hierzu:

“The concept of hegemony is really a very simple one. It means political leadership based on the consent of the led, a consent which is secured by the diffusion and popularization of the world view of the ruling class.”
(Bates 1975, 352)

Während der Begriff der Hegemonie bei Lenin noch mit der Strategie des Proletariats zur Erlangung der Herrschaft verbunden war, bezog Gramsci ihn auch auf die Strategie der herrschenden Klasse. Mit dem Ausbau des Konzepts der Hegemonie legt Gramsci, anders als Marx, eine Betonung auf die “kulturelle Führung“ (Bates 1975, 353) der herrschenden Klasse, die ihre Ideologie als allgemeingültig innerhalb der gesamten Gesellschaft durchsetzt. Damit weicht er auch das marx’sche theoretische Konstrukt der *Überbauten* auf, welche bei Marx lediglich das Ergebnis der herrschenden Produktionsverhältnisse darstellen. Die Überlegungen Gramscis zum Thema der Intellektuellen innerhalb einer Gesellschaft brachten ihn dazu, die Überbauten deshalb in zwei Bereiche aufzuteilen: in den Bereich der “politischen Gesellschaft“ und den Bereich der “bürgerlichen Gesellschaft“. (Buci-Glucksmann 1977, 22) In beiden gelingt es der herrschenden Klasse ihre Macht auszuüben, allerdings auf verschiedene Art und Weise. (Bates 1975, 353)

Gramsci definiert Hegemonie damit folgendermaßen:

“Staat = politische Gesellschaft + bürgerliche Gesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (zitiert nach Buci-Glucksmann 1981, S.77)

In der *politischen Gesellschaft*, der Sphäre des Staates und seinen Apparaten, wird mit Macht und Gewalt regiert. Apparate, die das Gewaltmonopol des Staates und somit der

Klasse an der Macht vertreten, wie Polizei, Gerichte und Militär sichern dabei diese Macht ab (Bates 1975, 353). Innerhalb der *bürgerlichen Gesellschaft* funktioniert die Durchsetzung der Macht allerdings anders. Innerhalb dieser existieren dabei "Hegemonie-Apparate" welche die Hegemonie der herrschenden Klasse als "politische und kulturelle (...) kennzeichnet und präzisiert" (Buci-Glucksmann 1981, 54).

Zu diesen Apparaten gehören dabei unter anderem

"[der] Schulapparat (von Schule bis zur Universität), Kulturapparat (von Museen bis zu den Bibliotheken), Organisation der Information, des Lebensrahmens, des Städtebaus, ohne das spezifische Gewicht der eventuell von einer vorausgegangenen Produktionsweise ererbten Apparate zu vergessen (vom Typus Kirche und ihrer Intellektuellen)."
(Buci-Glucksmann 1981, 54)

Wichtig ist festzuhalten, dass diese Hegemonie-Apparate dabei immer Ausdruck der Ideologie der herrschenden Klasse, gleichzeitig aber vom "Primat des Klassenkampfes durchdrungen" (Buci-Glucksmann 1981, 54) sind. Es ist nicht so, dass die Hegemonie der herrschenden Klasse innerhalb dieser Apparate unangefochten existent ist. Vielmehr ist die Zivilgesellschaft ein "Marktplatz" (Bates 1975, 353) auf dem die verschiedenen Ansichten und Vorstellungen ausgetauscht werden. Die Intellektuellen nehmen dabei eine entscheidende Rolle ein, da sie die *Agenten* sind, welche die Hegemonie der herrschenden Klasse zu verkaufen vermögen und so die Zustimmung der beherrschten Klassen zu deren Politik vermittelt. Dabei kreieren sie die Hegemonie der herrschenden Klasse und sichern somit die freiwillige Zustimmung der Beherrschten zu den Positionen der herrschenden Klasse. (Bates 1975, 353).

Diese Erweiterung des Staates durch die Sphäre der Zivilgesellschaft und die Erkenntnis, dass Herrschaft und Macht einer dominierenden Klasse nicht nur innerhalb der staatlichen und politischen Sphäre generiert und verwaltet werden, sondern tiefer in der Gesellschaft verwurzelt sind, ist einer der zentralen Punkte innerhalb Gramscis Hegemonietheorie. Deshalb spricht er auch von dem *integralen Staat*.

Die Intellektuellen nehmen bei Gramscis Theorie der Hegemonie und des integralen Staates eine wichtige Position ein. Wie weiter oben schon erwähnt, sind sie die Agenten,

welche der Hegemonie der herrschenden Klasse zu der dominanten Stellung innerhalb der Zivilgesellschaft verhelfen, sie sind das Getriebe in der Logik der Universalisierung. Dabei wehrt sich Gramsci gegen die zu seiner Zeit weit verbreitete Vorstellung, die Intellektuellen als eine Elite der Gesellschaft, als eine eigene Klasse zu sehen, welche die Standards für die gesellschaftlich gültigen Ideen setzt. (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 55)

Gramsci siedelt im Gegensatz dazu die Intellektuellen selbst innerhalb ihrer gesellschaftlichen Klasse an. Sie konstituieren keine eigene Klasse, sondern jede Klasse besitzt ihre eigenen Intellektuellen und jedes Individuum kann die Rolle eines Intellektuellen einnehmen. Dabei sind sie die Agenten die zur “Organisierung und Konstituierung“ (Buci-Glucksmann 1981, 60) der jeweiligen Klasse selbst beitragen. Er betrachtet die Intellektuellen also nicht als Anhängsel der Macht, welche versuchen, sich in Parteien oder staatliche Apparate zu integrieren, um dann deren Politik und Macht über die beherrschten Klassen zu reproduzieren, sondern Gramsci setzt dieser Vorstellung aus emanzipatorischer und demokratischer Perspektive eine neue Form der Intellektuellen entgegen und bezeichnet diese als “organische Intellektuelle“ (Buci-Glucksmann 1981, 60). Diese sollen gegenüber den Eliten der herrschenden Klasse

“eine konkrete politische Arbeit entgegensetzen, um intellektuelle 'Eliten' eines neuen Typs hervorzurufen, die unmittelbar aus den Massen hervorgehen und in ständiger Berührung mit ihnen bleiben: die organischen Intellektuellen.“ (Buci-Glucksmann 1981, 60)

Für meine eigene Analyse von Aktivierung und Passivierung ist es wichtig die Rolle der organischen Intellektuellen zu betrachten. Wie schon gesagt, konstituieren und organisieren sie die herrschende Hegemonie innerhalb einer jeden existenten Klasse. Die Intellektuellen sind ja die Agenten einer Klasse, die innerhalb der Zivilgesellschaft versuchen, deren Ideologie als allgemeingültigen Konsens durchzusetzen. Wichtig ist, dass es theoretisch jeder Klasse möglich ist die Voraussetzung für ihre eigene Hegemonie zu entwickeln.

Dieser Teil ist ein wichtiger Punkt in der Theorie Gramscis und seiner “Philosophie der Praxis“ (Candeias 2007, 15) - erlaubt er es doch aktiv an eine emanzipatorische und

demokratische Politik "(...) aus der Perspektive der Subalternen zur Auflösung des Gegensatzes von Regierten und Regierenden, Geführten und Führenden, also von Herrschaft" (Candeias 2007, 17) zu denken.

Buci-Glucksmann stellt darüber folgendes fest:

"Die revolutionäre Dialektik Gramscis entzieht sich jedem "strukturell-funktionalistischen" Modell, bei dem die Weisen der Integration in eine Struktur (Funktion) die Weisen der Institutionalisierung der Kontrollen konsolidieren.

Das legt den Gedanken nahe, daß [sic!] jede Verwendung eines Integrationsmodells ein Desintegrationsmodell erfordert, da die theoretischen und methodologischen Paare bei Gramsci bipolar sind. Im Grunde gibt es keine Theorie der Hegemonie ohne Theorie der Hegemonie-krise (genannt organische Krise); keine Analyse der Integration der unteren Klassen in eine herrschende Klasse ohne Theorie der Autonomisierungsweisen und der Klassenkonstituierung, die es einer zuvor untergeordneten Klasse gestattet, hegemonial zu werden; keine Erweiterung des Staates ohne Neudefinierung einer neuen strategischen Perspektive; den 'Stellungskrieg', der es der Arbeiterklasse gestattet, für einen neuen Staat zu kämpfen." (Buci-Glucksmann 1981, 65)

Passive Revolution

Der Begriff der *passiven Revolution* ist nicht nur ein zentraler Bestandteil der Theorie Antonio Gramscis, da er direkt im Kontext einer historisch-empirischen Analyse von bürgerlichen Revolutionen entwickelt wurde und so als analytisches Mittel für die Machtnahme einer Klasse angewendet werden kann². Für meine Diplomarbeit ist er ebenfalls von Bedeutung, da der Begriff der passiven Revolution einen Vorgang des Machterhalts der herrschenden Klasse beschreibt. Diesem ist der Begriff der *anti-passiven Revolution* entgegengesetzt, der den Versuch der beherrschten Klassen

² Der Begriff der passiven Revolution selbst stammt allerdings nicht von Gramsci. Sondern er hat ihn von einem seiner Zeitgenossen übernommen, ihm aber eine andere Bedeutung gegeben. (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 61)

umreißt, selbst Hegemonie zu erschaffen und diese der herrschenden Klasse entgegenzusetzen. Dieser Begriff der anti-passiven Revolution wurde von Christine Buci-Glucksmann auf Grundlage der Hegemonietheorie Gramscis entwickelt.

Gramsci hat für seine Analyse der Hegemonie zwei "Typen der Machtergreifung durch die Bourgeoisie" untersucht und somit den Begriff der passiven Revolution sowohl aus einer "Theorie" als auch aus einer "Praxis der Revolution" (Buci-Glucksmann 1981, 60) gewonnen.

Zu diesem Zweck stellte er der bürgerlichen Revolution des *Risorgimento* in Italien zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die jakobinische Revolution Frankreichs entgegen. Während die des *Risorgimento* für Gramsci eine unvollendete, eine "Revolution ohne Revolution" (Buci-Glucksmann 1981, 61) blieb, eben eine passive Revolution darstellt, bezeichnet er die französische als eine Revolution des "vollendeten Typs". (ebd.)

Während es den Jakobinern gelang im Zuge der Revolution "dem neuen Staat eine permanente Basis" (Buci-Glucksmann 1981, 62) zu schaffen, indem sie die Bourgeoisie zu der "hegemoniale[n], führende[n] Klasse" (ebd.) innerhalb des neu geschaffenen nationalen, bürgerlichen Staates zu machen, begnügte sich die italienische Bourgeoisie lediglich damit, die "im wesentlichen" (ebd.) herrschende Klasse zu werden und die Schaltstellen im existenten italienischen Staat, das "Element der Gewalt, die Befehlsfunktion", also lediglich der politischen Gesellschaft zu besetzen (Buci-Glucksmann 1981, 62).

Was ihr damit fehlte war die Verbindung zu den Volksmassen, welche aber absolut notwendig ist, will man als Klasse hegemonial werden. Denn ohne diese Verbindung kann man die eigene Ideologie nicht als den allgemeingültigen Konsens unter den Beherrschten durchsetzen.

Damit eine Klasse die *führende* und *hegemoniale* ihrer Gesellschaft werden kann, muss sie sich in mehreren Bereichen der Gesellschaft als solche etablieren, sie muss sowohl die ökonomische, die politische, als auch die kulturelle Führung innerhalb der Gesellschaft innehaben. (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 67 f.)

Im historischen Beispiel Gramscis gelang es der Partei der italienischen Subalternen, der Aktionspartei des Nordens, während des *Risorgimento* nicht die Verbindung zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden, zwischen den Bauern im Süden und den Arbeitern im industrialisierten Norden, zwischen Stadt und Land zu schaffen.

Es gelang ihr nicht, ein nationales Projekt des Konsensus zu schaffen, auf dem man eine herrschende Hegemonie hätte aufbauen können. Es fehlte ihr eine “(...) wirkliche organische Verbindung mit den Bauernmassen (...)“, (Buci-Glucksmann 1981, 61) mit der sie der bürgerlichen Revolution einen “Volkscharakter“ (Buci-Glucksmann 1981, 62) hätte geben können. So versäumte die Aktionspartei es sich selbst zu einer wahren “jakobinischen Partei“ (ebd.) zu machen, um so die nationale führende Rolle einzunehmen und die unterschiedlichen Interessen des Nordens und des Südens in einem nationalen Projekt zu vereinen. (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 61f.)

Die während der bürgerlichen Revolution des Risorgimento führende konservative Klasse, vertreten von der Partei, der Gemäßigten, gelang es ebenso wenig eine “permanente Basis“ (Buci-Glucksmann 1981, 62) für einen neuen Staat zu schaffen. Sie machten zwar die Klasse der Bourgeoisie zu der herrschenden Klasse im Überbau, aber eben nicht zur “hegemoniale[n], führende[n] nationale[n] Klasse“ (ebd.) innerhalb des Staates, wie es die Jakobiner geschafft hatten. Deshalb blieb ihre Herrschaft gegenüber den Massen des Volkes eben “ohnmächtig“ (ebd.), das heißt auch sie hatte keine organische Verbindung, es fehlte auch hier das homogene nationale Projekt, um eben auch als führende Klasse die Geschicke des Staates zu bestimmen.

Das Problem das sich einer zwar herrschenden aber eben nicht hegemonial führenden Klasse stellt, ist dass ihr der Rückhalt in den beherrschten Klassen fehlt. Diesen Mangel muss sie ausgleichen. Dies geschieht indem die herrschende Klasse zu “(...) einem wirklichen Absorbieren der aktiven Elemente der verbündeten, und sogar der feindlichen Klassen schreiten (...)“ (Buci-Glucksmann 1981, 62) muss, um ihre Position als die herrschenden Klasse beizubehalten. Gramsci bezeichnet diesen Vorgang als “*Transformismus*“ oder eben passive Revolution. (Buci-Glucksmann 1981, 62) Im Beispiel des *Risorgimento* beobachtet Gramsci wie nach und nach Mitglieder anderer Parteien in die Regierung eingegliedert werden. Im italienischen Beispiel “(...) überwiegt die herrschende Rolle der Bourgeoisie gegenüber ihrer führenden Rolle als Organisatorin des Einverständnisses [der] breiten Massen“ (ebd.). Dadurch ist sie nicht hegemonial und muss eben den anderen Klassen innerhalb des Staates entgegenkommen, um einen Konsensus zu erreichen und ihre Macht zu sichern.

Wäre sie die führende, hegemoniale Klasse wäre das nicht nötig, da im “Fall einer gelungenen Hegemonie (...) ihre 'Anziehung' auf die Verbündeten (und selbst

feindlichen) Klassen (...) nicht passiv, sondern aktiv“ ist. (Buci-Glucksmann 1981, 63)

Die hegemoniale Klasse, muss also nicht um die Zustimmung zu ihrer Politik werben, sondern die Subalternen Klassen müssen ihrerseits versuchen an dieser zu partizipieren. Für Buci-Glucksmann lassen sich aus diesen Vorgängen mehrere Thesen ableiten. Erstens, dass eine Revolution passiv bleibt, wenn es ihr nicht gelingt den Überbau des Staates selbst zu revolutionieren, dadurch keinen eigenen neuen Staat schafft und eben auch keine eigenen Hegemonie-Apparate. (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 62)

Wichtig ist, dass der Begriff der passiven Revolution aber keiner bleibt, der nur auf ein historisches Beispiel der italienischen Geschichte anwendbar ist. In ihrem Artikel “Über die politischen Probleme des Übergangs“ von 1977 macht Buci-Glucksmann gleich von Beginn an klar, dass der Begriff der passiven Revolution über die Dimension einer historischen Begrifflichkeit hinaus geht:

“Unschwer ließe sich der Begriff der passiven Revolution auf die eingehende Untersuchung der historischen Formen bürgerlicher Revolutionen reduzieren. (...) Dennoch, (...) dehnt Gramsci den Begriff der passiven Revolution in beträchtlichem Maße aus, indem er ihm eine theoretische und methodologische Tragweite von allgemeiner Bedeutung beimißt. [sic!]“ (Buci-Glucksmann 1977, 14)

Diese Aussage und der Fakt, dass die Theorie Gramscis eine Philosophie der Praxis und eine Theorie des Übergangs darstellt, ist für meine Überlegungen wichtig. Eine Aktivierung der Subalternen muss nicht zu einem Übergang oder einer Revolution innerhalb der gesamten Gesellschaft führen. Jedoch will ich zeigen, dass Übergänge innerhalb eines kleinen Rahmens geben kann, eben dass die Subalternen in bestimmten Bereichen ihre eigene Hegemonie in die *politische Gesellschaft* einschreiben können.

Es bleibt zu erwähnen, dass die passive Revolution so, wie sie hier beschrieben ist, eher den Anschein einer Abwehrstrategie seitens der herrschenden Klasse gegenüber anderen Klassen darstellt. Die passive Revolution ist aber *nicht* der nicht zu Ende geführte Prozess der bürgerlichen Revolution wie im Risorgimento, also das Nicht-hegemonialwerden einer bestimmten Klasse, sondern das spätere Abwehrverhalten einer zwar herrschenden, aber nicht hegemonialen Klasse. Das diese Brüche der Hegemonie aber

jederzeit möglich sind, also auch hegemonial gewordenen Klasse betrifft, ist der Ausgangspunkt zu meinen Überlegungen zur Aktivierung der Subalternen.

Gramsci dehnte den Begriff der Hegemonie von der Strategie des Machterhalts der herrschenden Klasse auf die Strategie der Arbeiter zur Machterlangung aus. Dies ist bei einer angedachten Aktivierung der Subalternen wichtig, da mit dieser theoretischen Ausdehnung des Hegemonie-Begriffs es einer Klasse möglich wird "führende Klasse" zu werden, bevor sie "herrschende Klasse" wird. (Buci-Glucksmann 1981, 67)

Wie Buci-Glucksmann feststellt ist dies durchaus möglich, obwohl es innerhalb des Begriffs der Hegemonie widersprüchlich erscheint:

"Für Gramsci jedoch sind die Wirkungen der Hegemonie mehr als widersprüchlich. Je mehr eine Klasse hegemonial ist, desto mehr läßt [sic!] sie den gegnerischen Klassen die Möglichkeit, sich zu organisieren und eine autonome politische Macht zu konstituieren. (...) Umgekehrt schafft die passive Revolution, da sie die Führungen der verbündeten und gegnerischen Klassen enthauptet und sie ihres eigenen politischen Instruments beraubt, ein Hindernis für ihre Konstituierung als autonome Klasse." (Buci-Glucksmann 1981, 64)

Die Staatstheorie Nicolas Poulantzas

Es ist wichtig zunächst den Rahmen von Aktivierung und Passivierung zu beschreiben, den Ort an dem diese beiden Begriffe sich abspielen, nämlich den bürgerlich-kapitalistischen Staat. Nicos Poulantzas hat zu diesem eine für meine Arbeit sehr brauchbare Theorie produziert, da diese das Feld, den kapitalistischen Staat, in dem die Begriffe Aktivierung und Passivierung der Subalternen ihre Funktion finden, beschreibt. Poulantzas hat sich in seiner Staatstheorie gefragt, wie es möglich sein kann einen demokratischen Übergang zum Sozialismus zu finden (Demirovic u.a. 2002, S.9). Aus einer Theorie des kapitalistischen Staates wollte er so eine Theorie des politischen Handelns ableiten. (Demirovic u.a. 2002, 14)

Staat als gesellschaftliches Verhältnis

Für Poulantzas ist der Staat ein "gesellschaftliches Verhältnis" (Demirovic u.a. 2002, 14). Er stellt sich damit gegen klassischere orthodox-marxistische Vorstellungen die den Staat als entweder als Instrument einer einzelnen herrschenden Klasse oder als Subjekt der gesamten Gesellschaft (Demirovic u.a. 2002, 14f.) sehen, die es nur zu erobern gilt, um einen Wandel der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hin zu einer sozialistischen Ordnung in Bewegung zu setzen.

Beim Staat als Instrument einer Klasse oder Kapitalfraktion, bildet diese herrschende Klasse einen einheitlichen Block ohne innere Widersprüche, der den Staat komplett für sich einnimmt und der den Beherrschten als Einheit gegenüber steht. Die Widersprüche innerhalb und außerhalb des Staates werden dabei außen vorgelassen, eine anderen Klasse, welche an die Macht gelangen will müsste dafür lediglich die "Festung" (Demirovic u.a. 2002, 14) Staat einnehmen. Bei dem Staat als "Subjekt der Gesellschaft" (ebd.) würde dieser das "(...) rechtlich Allgemeine und Universelle der Gesellschaft (...)" als eine von dieser abgesonderte Einheit vertreten. Der Staat würde den rechtlichen Rahmen für die in der Gesellschaft formulierten individuellen und kollektiven Interessen stellen und die Einhaltung und Verbindlichkeit des Rechts für alle überwachen. Aber da nach Poulantzas der Staat selbst das "Terrain des sozialen Kampfes" (Demirovic u.a. 2002, 15) ist, würde die Konstruktion des Staates als Subjekt der Gesellschaft zu kurz greifen, da eben die "(...) materiellen, die ökonomischen, politischen und ideologischen Herrschaftspraktiken und Tätigkeiten des Staates (...)" (Demirovic u.a. 2002, 15) in dieser Konstruktion nicht beachtet werden würden. Aber gerade da der bürgerlich-kapitalistische Staat das Terrain des sozialen Kampfes ist, ist er eben in sich selbst widersprüchlich und von den Widersprüchen der verschiedenen in ihm agierenden Klassen durchzogen. Diese Widersprüchlichkeit drückt sich darin aus, dass der Staat in seiner Funktion als Basis der Macht des herrschenden Blocks einer Klasse abhängig ist von den Produktionsverhältnissen, für deren Sicherung er gleichzeitig zuständig ist, also der Sicherung der "(...) Verwertungsbedingungen des Kapitals und [dessen] Akkumulation (...)" (Demirovic u.a. 2002, 8). In seiner eigenen Weise ist er eben aber auch "relativ autonom" gegenüber den Produktionsverhältnissen. Erst durch diese relative Autonomie wird er zu dem Ort, an welchem sich die politische

Macht einer Klasse oder Klassenfraktion organisieren und reproduzieren kann. (Demirovic u.a. 2002, 10)

Diese Reproduktion verläuft, wie weiter oben schon erwähnt, selbst nicht widerspruchsfrei ab, da der Staat und seine Apparate eben nicht außerhalb der Interessen der verschiedenen Klassen und Kapitalfraktionen stehen, sondern der Staat selbst Austragungsort der Konflikte zwischen den verschiedenen Interessen ist. Für Poulantzas ist der bürgerlich-kapitalistische Staat immer dem Primat des Klassenkampfes unterworfen. (Poulantzas 2002, 157)

Für das Verständnis der Begriffe Aktivierung und Passivierung ist es zunächst einmal von Wichtigkeit, wie die Herrschaft innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Staates organisiert und reproduziert wird. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse spielen hier zwar eine gewichtige Rolle, da sie durch ihre relative Autonomie die inhaltliche Dimension der Kämpfe um die Herrschaft bilden, sie jedoch innerhalb der Prozesse dieser Kämpfe nicht direkt eingreifen. Sie determinieren zwar das Feld und konstituieren die herrschende Klasse innerhalb des Staates, sind aber innerhalb des umkämpften Feldes der Herrschaft im Staat selbst nur passiv oder als passivierende Kraft anwesend.

Der Block an der Macht

Innerhalb dieses “gesellschaftlichen Verhältnisses Staat“ (Demirovic u.a. 2002, 23) hält eine Klasse die Herrschaft als der herrschender Block im Staat besetzt. Dieser ist dabei der “(...) strategische Organisationsort der herrschenden in ihrem Verhältnis zu den beherrschten Klassen“ (Demirovic u.a. 2002, 23) und organisiert diese beherrschten Klassen in dem er diese immer wieder zersplittert und spaltet (vgl. Poulantzas 2002, 171), diese aber gleichzeitig innerhalb des Konzepts “Volk-als-Nation“ (Demirovic u.a. 2002, 23) zusammenfasst und ihnen so eine Form außerhalb der zwischen ihnen herrschenden Widersprüche gibt.

Im Staat existiert also einerseits ein Block an der Macht, der seine Herrschaft durch den Staat organisiert, gleichzeitig ist der Staat aber eben das “Terrain“ der sozialen Kämpfe, die in ihn “eingeschrieben“ (Poulantzas 2002, 172) sind und ihn “ununterbrochen

überfluten“. (ebd.) Dass es dem herrschenden Block gelingt seine Herrschaft dementsprechend innerhalb des Staates zu organisieren, liegt daran, dass Poulantzas sich dabei auf die Hegemonietheorie Antonio Gramscis stützt. Der Begriff der Hegemonie ist für die Staatstheorie Poulantzas' wichtig, weil er ermöglicht, die „politische Praxisformen der Bourgeoisie und den Machtblock zu analysieren (...)“ (Demirovic u.a. 2002, 11).

Aus der Theorie Gramscis leitet Poulantzas ab, dass die verschiedenen Staatsapparate innerhalb des Staates die herrschende Hegemonie des „Blocks an der Macht (...) vermitteln und organisieren“. (Demirovic u.a. 2002, S.11)

Der bürgerlich-kapitalistische Staat als Feld von Aktivierung und Passivierung

Die herrschende Hegemonie innerhalb eines Staates ist die der „hegemonialen und führenden nationalen Klasse“(Buci-Glucksmann 1981, 62) im bürgerlichen Staat. Indem sie die Hegemonie über die beherrschten Klassen ausübt, schafft sie es diese in den bürgerlich-kapitalistischen Staat einzubinden.

Es gilt festzuhalten, dass der bürgerlich-kapitalistische Staat wie von Poulantzas festgehalten in einer bestimmten Weise für Einflüsse von außen durchlässig ist, bzw. nicht als von der gesellschaftlichen Sphäre abgekoppelt oder unabhängig angesehen werden kann.

Ebenso wie bei Buci-Glucksmann, welche feststellt, dass die Hegemonieapparate bei Gramsci vom „Primat des Klassenkampfes durchdrungen“ (Buci-Glucksmann 1981, 54) sind, trifft dieses auch auf den von Poulantzas beschriebenen bürgerlich-kapitalistischen Staat zu. Dies schlägt sich auch in den verschiedenen Staatsapparaten desselben nieder (Poulantzas 2002, 157):

„Diese Rolle des Staates ist in seine institutionelle Materialität eingeschrieben: es geht um den Klassencharakter des Staates. Um ihn ernsthaft zu untersuchen, muss die Rolle des Staates gleichzeitig in Bezug auf die herrschenden und auf die beherrschten Klassen beleuchtet werden.“
(Poulantzas 2002, 157)

Ich interpretiere dieses Zitat so, dass zwar im gamscianischen Sinne eine herrschende oder dominante Klasse an der Macht ist, und somit als hegemonial bezeichnet werden kann. Allerdings heißt das nicht, besonders durch die existente Widersprüchlichkeit innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dass die Politik und die Maßnahmen der verschiedenen Staatsapparate deswegen einheitlich sein, oder einer eindeutig vorgegebene Richtung folgen müssen. Denn der Staat ist nur der Ort der Organisation der Macht einer herrschenden Klasse und eben nicht das Instrument dieser, weshalb die Widersprüche des Kapitalismus und zwischen den in ihm existenten Klassen, sich eben im Staat widerspiegeln (vgl. Poulantzas 2002, 166 f.). Dies führt dazu, dass sich der Kampf zwischen den einzelnen Fraktionen innerhalb des Staates eben auf seine Politik auswirkt:

“Diese Autonomie des Staates hinsichtlich einzelner Fraktionen des Blocks an der Macht existiert also konkret als relative Anatomie dieses oder jenes Zweiges, Apparats oder Netzes des Staates gegenüber anderen.“
(Poulantzas 2002, 167)

Daraus resultiert, dass es im Großen und Ganzen durchaus eine Kohärenz innerhalb der staatlichen Politik oder des staatlichen Programms gibt, allerdings durchziehen “die Widersprüche im Block an der Macht (...) die Bürokratie und das Personal des Staates.“ (ebd.)

Diese Widersprüche manifestieren sich zum einen, in “Mechanismen struktureller Selektivität“ (ebd.) der einzelnen Apparate, welche mit der jeweiligen Geschichte und den Aufgaben und insofern mit den unterschiedlichen Interessen der Apparate zu tun hat.

Und sie schlagen sich in zum Teil “widersprüchliche[n] Entscheidungsprozesse[n]“ oder eben auch “Nichtentscheidungen“ seitens der Apparate nieder. Ein gezieltes staatliches Handeln hinsichtlich eines Problems bleibt manchmal einfach aus, da es in die “widersprüchliche Struktur“ (Poulantzas 2002, 165 f.) des Staates eingeschrieben ist.

Aktivierung und Passivierung

Die Autoren Adolphs und Karakayali gehen in ihrem Artikel über "Die Aktivierung der Subalternen - Gegenhegemonie und passive Revolution" der Frage nach, ob man heute noch von einer Hegemonie im Sinne Gramscis sprechen kann und wenn ja, wie sie funktioniert und auf welchen sozialen Praktiken sie aufbaut. Laut den Autoren hat die klassische Hegemonietheorie innerhalb des Neoliberalismus an Substanz eingebüßt, da man entweder von "hegemonialen Diskursen" spricht oder andere Wissenschaftler im Neoliberalismus eine neue Form des Regierens sehen, welche auf die konsensuale Einbindung der Beherrschten gar nicht mehr angewiesen ist. (vgl. Adolphs/Karakayalis 2007, 121) Aber eben diese konsensuale Einbindung der Beherrschten oder Subalternen spielt innerhalb der Hegemonietheorie Gramscis und dem daraus resultierenden Staatsverständnis eine wichtige Rolle. Der inhaltlichen Dimension des Begriffes der Hegemonie gehen sie anhand der *passiven Revolution* nach, da diese "die Problematik des Konsens von einer ideologietheoretischen Ebene wegführen[.]" kann. (Adolphs/Karakayalis 2007, 122) Der Begriff der Passiven Revolution erlaubt es dabei den Blick weg von ideologischen Bereichen hin zu den Fragen der Führung, sowohl der Selbst- auch als der Fremdführung zu lenken, welche eng mit dem Begriffspärchen *Aktivierung* und *Passivierung* zusammenhängen und das den Kern meiner theoretischen Arbeit darstellen sollen.

Die Autoren untersuchen dabei die Unterschiede von Aktivierung und Passivierung zwischen Neoliberalismus und Fordismus und stellen dabei die Frage, wie eine emanzipative Demokratie aussehen könnte.

Während sich die Passivierung meistens direkt als der Vorgang darstellen lässt, welcher sich unter der Passiven Revolution seitens der Herrschenden vollzieht, bezieht sich die Aktivierung auf die *Anti-Passive Revolution*. Damit wird umschrieben, dass die Subalternen ihrerseits versuchen gegenüber den Herrschenden Staat zu werden und eigene Hegemonial-Apparate herauszubilden. Dieser Versuch des Staatwerdens vollzieht sich immer unter dem gleichzeitigen Druck einer Passiven Revolution bzw. einer Passivierung seitens der herrschenden Klasse gegenüber der Aktivierung der Subalternen: Die Passive Anti-Revolution als anti-passive Revolution (vgl. Adolphs/Karakayali 2007, 121).

Buci-Glucksmann entwickelte den Begriff als Analyse-Kategorie weiter und machte ihn für die Analyse von gesellschaftlichen und politischen Transformationen fruchtbar, indem sie die passive Revolution als Typus der gesellschaftlichen Transformation dem der Hegemonie abkoppelt und gegenüberstellt. (Adolphs/Karakayali 2007, 123 f.) Zudem entwickelte sie aus der Kategorie der Passiven Revolution heraus die gegensätzliche Kategorie der Passiven Anti-Revolution, um eben nicht nur die Ebene der Aktionen der herrschenden Klasse zu umschreiben, sondern um auch die Ebene der Beherrschten begrifflich zu fassen, um diese Dimension in die Analyse miteinbeziehen zu können. Die Passive Anti-Revolution steht dabei für den Versuch der Beherrschten gegenüber den geltenden Verhältnissen selbst Staat zu werden. Aus diesem in sich gegensätzlichen Begriffspaar entwickelte sie dann die Begriffe Aktivierung und Passivierung als Handlungsbezeichnende Unterkategorie.

Die Autoren Adolphs und Karakayali präzisieren den Begriff der Aktivierung in ihrem Artikel genauer. Mithilfe von Foucaults Theorie der Gouvernementalität und den darin enthaltenen Begriffen der Selbst- und Fremdführung lässt sich das Konzept der Aktivierung innerhalb des Hegemoniebegriffs von Gramsci greifbar machen:

“Die konsensuale gesellschaftliche Formierung beruht auf einer bestimmten verallgemeinerten Lebensweise, der eine biopolitische Normalisierung der Gesellschaft (auf der Ebene des Wissens) zugrunde liegt. In einem solchen Fall beziehen sich sowohl die Führungen von oben als auch die von unten auf dasselbe Wissen. Die Passivierung entsteht also über ein spezifisches Wissensfeld, das bestimmte Formen von Fremd- und Selbstregierung möglich macht und andere ausschließt.“
(Adolphs/Karakayali 2007, S.129)

Dieses Zitat kann man in folgende Richtung interpretieren: Jegliche Handlungen seitens einzelner Akteure aber auch jede gesellschaftliche Entwicklung, welche innerhalb der gesteckten Normen, Mechanismen und Rationalitäten des Normalen verläuft, bedingt weder eine Passivierung seitens der Herrschenden, noch eine Aktivierung der Subalternen. Beide Vorgänge werden erst möglich bzw. nötig, sobald die normale Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse durch einen oder mehrere Faktoren

unterbrochen wird und es so zu einer Krise kommt. Brüche und Krisen sind der Auslöser von gesellschaftlicher Transformation und somit Auslöser von Aktivierung und Passivierung. Dieser Bruch kann dabei aus einer Kleinigkeit bestehen, oder eine massive Beeinträchtigung der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Lebensumstände innerhalb einer Gesellschaft darstellen. Wichtig ist dabei, dass es innerhalb dieses Bruches oder Krise zu einer Verschiebung der Rationalität oder des 'Wissens' kommt, wenn die alten und gewohnten politischen, sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Muster zur Problemlösung innerhalb der Sphäre des Staates, der Wirtschaft oder der Zivilgesellschaft nicht mehr greifen. Aus diesen Krisen heraus wird dann innerhalb der bestehenden Rationalitäten oder des Wissens die Entstehung neuer "Subjektivitätsformen"(Adolphs/Karakayali 2007, 129) möglich:

"Im Anschluss an Foucault lassen sich verschiedene Subjektivitätsformen voneinander unterscheiden, da das Subjekt nicht wie z.B. bei Louis Althusser als per se von Ideologischen Apparaten angerufenes gedacht wird, sondern in Hegemonieapparaten andere Subjektivierungsformen möglich sind - folgt man hier dem Hegemoniebegriff von Buci-Glucksmann. (...) Durch die nicht-deterministisch gefasste Verklammerung der Subjektivität mit den Institutionen (...) kann ausgehend von Selbstpraktiken eine Aktivierungsperspektive im Sinne Gramscis gedacht werden. In diesem Fall bildeten die Selbstpraktiken den Anfangspunkt und das Ziel der Hegemonie." (ebd.)

Formen der Aktivierung und Passivierung

Die beiden Autoren Adolphs und Karakayali benutzen den Begriff der Aktivierung um der Frage nach der Existenz von Hegemonie nachzugehen, bzw. zu fragen, wie diese heutzutage funktioniert. Nach ihrer Aussage besteht die Hegemonie innerhalb des Neoliberalismus als ideologische Hegemonie, die Subalternen werden dabei nicht mehr in den Konsens zwischen den verschiedenen Klassen integriert. Dies bedeutet, dass Hegemonie gar nicht mehr durch materielle Strukturen funktioniert, wie etwa noch im

Fordismus. Dadurch wird aber gleichzeitig das Potential und die Bereitschaft zur Aktivierung jedes einzelnen Individuums ideologisch vorausgesetzt, vom emanzipativen Blickwinkel aus aber durch "ökonomische Zwänge" (Adolphs/Karakayali 2007, 138) und auch Machtstrukturen wiederum begrenzt. Die Autoren sprechen dabei von einer "(...) ökonomische[n] Rekodierung emanzipativer Praktiken durch den Neoliberalismus (...)" (ebd.). Mir selbst geht es darum, den Zeitpunkt der Entstehung dieser emanzipativen Praktiken zu bestimmen und mir anzusehen, wie eine solche Aktivierung aussieht bzw. beschreibbar ist. Adolphs und Karakayali machen in ihrem Text zwar Andeutungen hinsichtlich von Momenten und Formen der Aktivierung, aber den Begriff selbst und die Art und Weise, wie sich diese Aktivierung in soziale Praktiken in der Gesellschaft einschreibt wird nicht weiter bearbeitet, ebenso wenig das Wechselspiel zwischen Aktivierung und Passivierung.

Im Fordismus war die Subjektivierungsform der Subalternen die der "Arbeiter-Bürger-Konsumenten" (Adolphs/Karakayali 2007, 131) und innerhalb des Reproduktionsregimes Fordismus waren diese "hegemonial passiviert" (Adolphs/Karakayali 2007, 131). Ihre Interessen wurden durch die vorhandenen Formen der Repräsentation, die Gewerkschaften wahrgenommen und damit passiviert. Es wurde daher erwartet, dass die Subalternen sich eben nicht selbst aktivieren, da ihre Interessen bereits innerhalb des Reproduktionskonsenses vertreten wurden.

Die Autoren Adolphs und Karakayali liefern in ihrem Artikel eine sehr gute Definition des Begriffspaares Aktivierung und Passivierung, gehen jedoch nicht weiter auf seine Funktion und Wirkungsweise innerhalb der Kräfteverhältnisse und der Konstituierung der verschiedenen Klassen innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Staates ein. Aber eben die Art und Weise, wie diese innerhalb dieser Strukturen wirken, ist für meine Diplomarbeit von großer Wichtigkeit, will ich doch zunächst eben genau diese Momente der Aktivierung der Subalternen in ihrer Entstehung und Ausprägung in Bezug auf die ERT untersuchen, um dann später die Einschreibung ihrer Forderungen in die staatlichen Apparate oder das Ausbleiben dessen, und die existenten Kräfteverhältnisse der Klassen evaluieren zu können. Deswegen will ich hier verschiedene Arten der Aktivierung sowohl in ihrer Ausprägung als auch in ihrer Akzentuierung der Forderungen gegenüber den herrschenden Verhältnissen oder den sie

auslösenden Ursachen unterscheiden. Nicht jede Form der Aktivierung muss unbedingt eine Veränderung der Subjektivitätsform und die Ausprägung von eigenen Hegemonieapparaten nach sich ziehen. Einerseits weil das Aktivierungspotential teilweise gering ist oder sich nur auf Nischen innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse bezieht, andererseits, weil es, wie schon oben erwähnt, immer schon eine existente Passivierung zur Aktivierung gibt, welche mit der Aktivierung um die Ressourcen kämpft. Es muss keine *aktive* Passivierung von Seiten des Staates gegenüber den Subalternen existieren um eine Aktivierung der Subalternen abzufangen. Wie weiter oben schon beschrieben, ist der Staat in sich selbst ist ja kein „monolithischer Block“ und auch kein Instrument einer herrschenden Klasse, um ihre eigenen Interessen mithilfe dessen durchzusetzen, sondern der Staat ist der Ort, an dem sich die widersprüchlichen Interessen der herrschenden Klassen und Klassenfraktionen unter der Hegemonie der herrschenden Klasse materialisieren und organisieren. Genau dadurch ist der Staat als gesellschaftliches Verhältnis in sich selbst widersprüchlich und die Widersprüche unter den Klassenfraktionen spiegeln sich in ihm wieder. (vgl. Poulantzas 2002, 166) So kommt es innerhalb des Staates und des Klassen zu „(...) unterschiedlichen zeitlichen Rhythm[en] und (...) Ungleichzeitigkeiten (...)“ (Demirovic u.a. 2002, 11) in der Entscheidungsfindung und der Materialisierung der Interessen in den Entscheidungen und Handlungen. Daraus können dann auch „Nichtentscheidungen“ (Poulantzas 2002, 165) innerhalb der Apparate des Staates resultieren. Diese sind in die „(...) widersprüchliche Struktur [des Staates] eingeschrieben und stellen eines der Resultate dieser Widersprüche dar.“ (Poulantzas 2002, 166) Diese Nichtentscheidungen sind Teil der *passiven Passiven Revolution*.

Dies wäre eine direkte Reaktion auf die Aktivierung mit dem Versuch einen Konsens zwischen Herrschenden und Subalternen herzustellen; dieser Vorgang spielt sich in der staatlichen und institutionellen Sphäre ab. Daneben gibt es aber auch die Passivierung, welche sich aus den herrschenden ökonomischen, sozialen und institutionellen Verhältnissen generiert. Diese *passive* Passivierung, resultiert aus den Automatismen der herrschenden Verhältnisse und tritt ein, ohne dass eine Handlung seitens bestimmter Akteure nötig wäre. In diesem Falle muss seitens der herrschenden Klasse kein Konsens mit den Subalternen gesucht werden. Die passive Passivierung liegt bereits in der

materialistischen Ausprägung der Verhältnisse und ihrer Verdichtung, und somit im gesellschaftlichen Verhältnis Staat selbst vor.

“(...)der Staat ist die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, die sich im Inneren des Staates in spezifischer Form ausdrückt.“ (Demirovic u.a. 2002, 15)

Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass man diese beiden Arten der Passivierung nicht auf jede Art der Aktivierung innerhalb einer Analyse der Kräfteverhältnisse verschiedener Klassen innerhalb des Staates anwenden kann bzw. muss. Nicht jede Form von Aktivierung seitens Subalternen verlangt eine Reaktion der herrschenden Klasse. Die 'aktive' Passivierung ausgehend von der herrschenden Klasse muss durch die ebenfalls existente 'passive' Passivierung nur folgen, wenn der Grad der Aktivierung der Subalternen dies auch verlangt. Die passive Passivierung stützt sich dabei auf die Materialität der herrschenden Verhältnisse, also in deren Ausdifferenzierung in den verschiedenen Staatsapparaten (Justiz, Gesetze etc.) der politischen Gesellschaft, welche von der herrschenden Klasse besetzt sind und die für sie arbeiten. Die passive Revolution innerhalb eines Staates setzt also nur dann ein, wenn es eine Krise der Hegemonie der herrschenden Klasse gibt.

Feld der Krise

Würden die gesellschaftlichen Verhältnisse krisenfrei sein, gäbe es weder die Aktivierung noch die Passivierung. Diese sind jedoch permanent widersprüchlich und entwickeln sich kontinuierlich weiter. (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 79) Durch diese, den gesellschaftlichen Verhältnissen eingeschriebene immanente Krisenhaftigkeit wird es immer eine Aktivierung oder Passivierung geben. Die Krise, ob im Kleinen oder im Großen ist der Motor für den Wandel innerhalb der herrschenden Verhältnisse. Sie erzeugt Widersprüche innerhalb des Geltenden und zwingt zur Reformierung oder Transformation der Verhältnisse. Aktivierung und Passivierung sind dabei immer ein Teil dieses Prozesses, denn sie entstehen ja erst durch die Krisenhaftigkeit der

kapitalistischen Verhältnisse. Eine Krise der kapitalistischen Verhältnisse, eine Krise der Reproduktion, ist für die herrschende und führende Klasse im Staat problematisch, da sie sich auf die Reproduktion derselben stützt und sich und ihre Hegemonie durch diese konstituiert.

“Denn wenn die Hegemonie ethisch-politisch ist, muß [sic!] sie auch ökonomisch sein, kann sie ihre Grundlage nur in der entscheidenden Funktion haben, die die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der Produktion ausübt.“ (Buci-Glucksmann 1981, 78)

Deshalb beinhaltet eine Krise der Produktionsverhältnisse auch immer eine potentielle “organische Krise“ (Buci-Glucksmann 1981, 65), also eine Krise der Hegemonie.

“Ausdruck einer Krise der Hegemonie, einer Krise des integralen Staates, einer Krise im Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten, welche die historische Grundlage des Staates und die Gesamtheit der Hegemonieapparate berührt“ ist. (Buci-Glucksmann 1977, 18)

Wie weiter oben schon erwähnt, ist das Widersprüchliche innerhalb Gramscis Theorie der Hegemonie, dass während einer hegemonialen Phase, in der eine Klasse tatsächlich die Hegemonie innerhalb des Staates inne hat, sich die gegnerischen Klasse in dieser Phase organisieren und eine eigene autonome politische Macht konstituieren kann. (Buci-Glucksmann 1981, 64)

Kommt es nun zu einer *organischen Krise* muss das bisher Existente neu verhandelt werden. Die Anziehung der herrschenden und führenden Klasse auf die anderen Klassen im Staat, welche zuvor noch *aktiv* war, (Buci-Glucksmann 1981, 63) wird nun *passiv*. Die herrschende Klasse verliert dadurch also ihre führende, nationale Funktion und muss so wiederum einen neuen Konsens innerhalb der Gesellschaft herstellen. Dies kann dann wieder zu dem Zustand einer passiven Revolution führen.

Damit kann man nun auch das theoretische Verhältnis zwischen der Aktivierung und der Passivierung innerhalb des Feldes der Krise konzeptionell fassen. Die Form, Ausprägung und der Grad der Aktivierung beeinflusst gleichzeitig die Form,

Ausprägung und den Grad der Passivierung. Man kann nicht von einer bestimmten Art der Aktivierung sprechen ohne gleichzeitig die darauf einsetzende Passivierung zu beachten. Aus der immer gleichzeitig bestehenden Konkurrenz zwischen Aktivierung und Passivierung (oder eben der passiven Revolution und der Anti-passiven Revolution und des Versuchs der Subalternen selbst Staat zu werden) (Adolphs/Karakayali 2007, 125) und der gegenseitig bedingten Existenz der beiden, resultiert das komplexe Verhältnis zwischen Aktivierung und Passivierung und Krise.

Die Hegemonieapparate nach Buci-Glucksmann

Weiter oben habe ich den bürgerlich-kapitalistische Staat als das Feld genannt, auf dem sich sowohl Aktivierung als auch Passivierung abspielen. Diese Aussage muss nun präzisiert und erweitert werden, nämlich um die Strukturen innerhalb dieses Feldes in denen Aktivierung und Passivierung sich entfalten und Gestalt annehmen, beschreiben zu können.

Hierzu möchte ich näher auf die Funktion und Beschaffung der Hegemonie-Apparate bei Buci-Glucksmann eingehen. Diesen werde ich auch das Konzept der *ideologischen Staatsapparate* von Althusser entgegenstellen. Beide Konzepte bauen dabei auf den Beobachtungen Gramscis zur Hegemonie auf, bewerten aber die Effekte und Stellung dieser innerhalb der Strukturen des Staates unterschiedlich. (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 70 f.) Die *ideologischen Staatsapparate* Althusser ziehe ich deswegen zum Vergleich heran, da man an den Unterschieden der beiden Konzepte ihre Funktionsweise gut erkennen kann und Buci-Glucksmann die Konstruktion und Funktionsweise der ideologischen Staatsapparate bei Althusser explizit kritisiert.

Diese sind ihr zu “mechanisch-funktionalistisch(...)“ und dienen nur der Funktion “(...)die Reproduktion der gesellschaftlichen Beziehungen zu sichern.“ (Buci-Glucksmann 1981, 73 f.) Das liegt daran, dass die ideologischen Staatsapparate zu sehr am reinen Modell von “Basis-Überbau“ verhaftet (ebd.) sind und dadurch eben die Perspektive der Emanzipation der Subalternen missen lässt.

Dadurch verkennt Althusser laut Buci-Glucksmann die Chancen, welche die von Gramsci gedachte Erweiterung des Staates über die Beziehung Basis-Überbau, von

Klassenherrschaft und repressiven Staatsapparaten bietet (Buci-Glucksmann, 1981, 74). Für Buci-Glucksmann darf man die Felder der Reproduktion und der Konstitution der herrschenden Klasse nicht trennen. Zwar sichert der Staat die Reproduktion der Produktionsverhältnisse, dieser ist jedoch kein "einfaches Instrument [...], sondern die Kondensierung eines Kräfteverhältnisses" (ebd.), welches innerhalb der vom Überbau getrennten gesellschaftliche Sphäre existent ist. Die Hegemonie, welche die führende Klasse innerhalb des gesamten Staates ausübt, ist nicht auf die Überbauten beschränkt, sondern geht darüber hinaus. "Die ideologischen Praktiken tauchen bereits beim ökonomischen Produktionsapparat, bereits bei der Fabrik auf." (ebd.) Das heißt, dass die herrschende Hegemonie schon im kleinsten Teil der Reproduktion der Produktionsverhältnisse steckt, aber eben auch, dass sie nicht nur von Seiten der Überbauten ausgeht und nicht unangreifbar ist.

Wie weiter oben schon bemerkt "(...) [entzieht sich] die revolutionäre Dialektik Gramscis jedem "strukturellem-funktionalistischen" Modell, bei dem die Weisen der Integration in eine Struktur (Funktion) die Weisen der Institutionalisierung der Kontrollen konsolidieren." (Buci-Glucksmann, 1981, 65) Dies erlaubt eben einen emanzipativen Blickwinkel auf eine mögliche Strategie der Subalternen für einen Stellungskrieg und der eigenen Entwicklung von Hegemonie-Apparaten.

Bei Althusser bestehen die ideologischen Staatsapparate aus Institutionen oder Akteuren innerhalb der Sphäre des Staates und der Zivilgesellschaft. Dazu gehören Institutionen wie die Kirchen, Schulen, Familien, Rechtsnormen aber auch die der Medien und der Kultur und sowohl die Gewerkschaften, als auch Unternehmerverbände. Diese funktionieren innerhalb der Gesellschaft, indem sie die Individuen als "Subjekte anrufen" (Wolff 2004, 763) und ihnen so eine bestimmte Subjektivitätsform zuweisen nach denen die verschiedenen Individuen dann innerhalb der Gesellschaft agieren sollten. Die ideologischen Staatsapparate agieren dabei nicht mit direkter Gewalt oder Macht sondern "(...) sie verankern bei Kindern und Erwachsenen bestimmte Muster, sich ihr Verhältnis zu den Gesellschaften, in denen sie leben, vorzustellen." (Wolff 2004, 763) Anders als in den von Buci-Glucksmann beschriebenen möglichen Hegemonieapparaten, wirkt die Subjektivierung in dem Sinne, dass die einzelnen Subjekte sich freiwillig mit ihrer Situation arrangieren:

“Die Individuen werden von den iS dahingehend geformt, dass sie ihre Anpassung an die Bedürfnisse kapitalistischer Klassenstrukturen für den frei gewählten Lebensweg eines autonomen Subjekts halten, das, mit Althusser's Worten, >>(freiwillig) seine Unterwerfung akzeptiert und folglich 'ganz von allein' die Gesten und Handlungen seiner Unterwerfung 'vollzieht'." (Wolff 2004, 764)

Althusser war sich bei seiner Beschreibung der ideologischen Staatsapparate durchaus bewusst, dass es auch eine gesellschaftliche oppositionelle Haltung geben muss. Die Träger der Opposition zu der herrschenden Ideologie der ideologischen Staatsapparate und zur geltenden Subjektivität kämpfen dabei um die ideologische Vorherrschaft innerhalb der ideologischen Staatsapparate. Es wird daher nicht versucht eine eigene Subjektivität außerhalb dieser zu entwickeln, sondern die Subjektivität bleibt den Strukturen der ideologischen Staatsapparate verhaftet. Alle Subjekte werden von diesen gleichermaßen angerufen, aber selbst wenn sich der Subjektbegriff von dem innerhalb der Gesellschaft herrschenden unterscheidet, ist er dennoch immer das Resultat der gleichen Anrufung. Die Autonomie der Einzelnen wird daher nur vorgetäuscht (Wolff 2004, 764). Althusser benutzt daher neben dem Begriff der *Subjektivierung* auch den stärkeren Begriff der *Subjektierung*, um genau dieses Verhältnis von Unterwerfung der Subjekte innerhalb der ideologischen Staatsapparate zu beschreiben. Jegliche nicht konforme Haltung gegenüber den verankerten Mustern leitet sich ab und resultiert aus diesen. (vgl. Wolff 2004, 764) Dieser Ansatz schließt in sich selbst jegliche Möglichkeit aus, aus dieser Subjektivierung auszubrechen, er besitzt meiner Meinung nach kein emanzipatives Potential, denn Veränderungen innerhalb der Verhältnisse schließen sich aus, da sie sich in sich selbst reproduzieren und eben Anstöße zur Neuformierung einer anderen Subjektivität nicht entstehen können. Anders sieht es mit den Hegemonieapparaten nach Buci-Glucksmann aus.

Dadurch, dass die Subalternen im Zuge einer Strategie der passiven Anti-Revolution ihre eigenen Subjektivitätsformen immer in Konkurrenz zu der gleichzeitigen passiven Revolution und der darin mit enthaltenen Subjektivitätsformen entfalten müssen, entsteht aus dieser Auseinandersetzung mit der eigenen Subjektivität heraus ein

emanzipatives Potential und eben die Möglichkeit aus diesem eigene Hegemonieapparate mit einer eigenen Subjektivität zu entwickeln. (vgl. Adolphs/Karakayali 2007, 129) Aus dieser Sicht ist jegliche Formierung und Formulierung und der Zusammenschluss um diese zu vertreten, sowohl innerhalb, als auch außerhalb der staatlichen Institutionen immer ein Versuch Staat zu werden, da die “(...) Selbstpraktiken den Anfangspunkt und das Ziel der Hegemonie. [bilden] “ (Adolphs/Karakayali 2007, 129)³. Diesen Prozess innerhalb der Subjektivität will ich als Aktivierung bezeichnen.

Sie ist das Moment, an welchem die Erkenntnis oder das Wissen um die bestehende Subjektivität es erlaubt diese selbst anzuzweifeln und es möglich wird, das Verhältnis von *Fremdführung* und *Selbstführung* in Frage zu stellen. Gerade dies ist der Unterschied zwischen der Funktionsweise der ideologischen Staatsapparate bei Althusser und den hier angedachten Hegemonieapparaten nach Gramsci und Buci-Glucksmann. Dieses Anzweifeln kann dann zu neuen, selbstbestimmten Praktiken führen, welche es wiederum erlauben eine neue Subjektivität auszubilden. Eigene Vorstellungen werden formuliert und auch in dem Maße praktiziert, wie es die bestehenden Verhältnisse und Institutionen der bestehenden Verhältnisse zulassen.

Wobei diese sich beispielsweise unter den Individuen und Akteuren, aber auch innerhalb von bestimmten sozialen Bewegungen oder Bewegungen innerhalb der Zivilgesellschaft nicht unbedingt gleichzeitig oder flächengreifend vollziehen müssen, sondern innerhalb diesen sich auch wiederum graduelle Entwicklungen hinzu einer neuen Form der Subjektivität und Subjektivierung vollziehen. Dabei spielen die *Intellektuellen* im Sinne Gramscis eine Rolle, welche ja jede Klasse besitzt und welche die Entwicklung einer neuen Subjektivität vorantreiben. Dass man dabei von einer graduellen Entwicklung sprechen muss, liegt daran, dass natürlich auch die Intellektuellen der anderen Klassen und besonders der herrschenden Klasse deren eigene Subjektivitätsform innerhalb der Gesellschaft vertreten.

3

Gerade dieser ist eben hinsichtlich des Staatsverständnisses im Neoliberalismus sehr interessant, wird doch hier gefordert den Staat wenn nicht abzuschaffen, so doch zumindest kleiner und effektiver zu machen. Nimmt man nun aber den Gedanken der Selbstführung als Anfang und Ziel der Hegemonie mit auf, so kann man die Forderungen nach einem 'schlanken' Staat ebenso als eine Grundlage auffassen hegemonial zu werden, i.e. selbst Staat zu werden.

Eigene Formen der Aktivierung

Ich möchte hier bestimmte Formen der Aktivierung herausarbeiten, um diese Begriffe dann später in der Empirie einsetzen zu können. Ich unterscheide dabei zwischen drei verschiedenen Formen der Aktivierung. Zwischen der *einfachen*, der *graduellen* und der *absoluten* Aktivierung.

Zunächst einmal die simpelste Form der Aktivierung, die *einfache* Aktivierung. Diese entsteht, wenn die Reproduktion der politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse unterbrochen wird oder in eine Krise gerät. Jedes dieser Verhältnisse und dessen spezifisch existente Reproduktionsform wirkt in der einen oder anderen Weise auf die Lebenswelt der verschiedenen Individuen ein.⁴ Wird diese Reproduktionsform nun unterbrochen, muss sich jedes Individuum innerhalb seiner Lebenswelt damit arrangieren, dabei kommt es zu Prozessen der Erkenntnis innerhalb welcher bestimmte Vorstellungen und Forderungen formuliert werden. Diese Ideen, Vorstellungen oder Forderungen entstehen dabei zunächst innerhalb der dem Individuum eigenen Subjektivierungsform, welche ihm durch seine Lebenswelt eigen und eingeschrieben ist. Wichtig ist es mir zu betonen, dass es hier noch nicht zu einer Veränderung innerhalb der Subjektivierungsform kommen muss, jedoch teilweise natürlich das Potential hierzu vorhanden ist. Die Subalternen können auch innerhalb der Subjektivierungsform, welche von den Hegemonie-Apparaten der herrschenden Klasse vorgegeben ist, Ansätze für die Lösung von Problemen finden. Betrachtet man hierfür wieder die Althusser'schen *ideologischen Staatsapparate* zeigen diese, dass auch innerhalb dieser Krisen und Störungen innerhalb der gesellschaftlichen Reproduktionsformen verhandelt und gelöst werden können. Eine Neuorientierung seitens der Subjekte ist daher nicht

4

Dabei muss es sich nicht unbedingt nur um Vorgänge und Störungen innerhalb der Makroebene einer Gesellschaft handeln. Es können auch genauso gut Vorgänge innerhalb des Privaten sein, welche Individuen dazu veranlassen die Umstände ihrer Lebenswelt zu hinterfragen. Allerdings betrifft dies nicht das Thema meiner Diplomarbeit. Ich möchte nur bewusst machen, dass es diese Form der 'einfachen' Aktivierung in allen Bereichen und Ebene innerhalb der Lebensumstände gibt.

immer nötig bzw. hängt diese sehr stark davon ab inwieweit sich die bestehenden Verhältnisse wieder aus der Krise lösen können, bzw. wie die Antwort in Form der Passivierung aussieht. Die herrschenden Verhältnisse sind ja auch die Quelle für die Reproduktion der Subjektivierungsform selbst. Je länger die Reproduktion der Verhältnisse daher ins Stocken gerät, desto eher tritt eine Veränderung der Subjektivierungsform ein. Wenn es der herrschenden Klasse dann aber gelingt die Krise, sei es eine politische, ökonomische oder kulturelle, welche den Anreiz zu einer Aktivierung gegeben hat, durch Zugeständnisse an die anderen Klassen im Staat einzudämmen, sinkt dementsprechend das Potential hinsichtlich einer Aktivierung und einer Veränderung der Subjektivität.

Von einer 'einfachen' Aktivierung kann man deswegen dann sprechen, wenn *erstens* die Behebung der Krise nicht lange auf sich warten lässt und *zweitens* es nicht gelingt Veränderungen innerhalb der Subjektivierungsform zu erzeugen. Eine Veränderung innerhalb der Subjektivitätsform würde sich durch eine Artikulation der klasseneigenen Interessen der Aktivierten bemerkbar machen und durch das Formulieren und Manifestieren einer eigenen Klasse.

Die zweite Art der Aktivierung die ich festmache, ist die der *graduellen* Aktivierung. Das Wort *graduell* bezieht sich dabei auf die *graduelle* Entstehung einer Subjektivierungsform außerhalb der existenten Hegemonie-Apparate und deren Ideologieform. Dies weist darauf hin, dass zwar schon die Lebenswelt selbst innerhalb der existenten gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage gestellt wird, es jedoch noch nicht zur Bildung eigener Hegemonieapparate kommt. Es besteht aber die Erkenntnis, dass die Lösung der Krise innerhalb der Produktionsmechanismen dabei nicht nur auf dem Wissen basieren kann oder sollte, welches durch die Institutionen im Sinne der ideologischen Staatsapparate vertreten wird. Dennoch bilden sich hier schon zu einem gewissen Grad die organischen Intellektuellen heraus bzw. werden diese präsenter. Gemäß der Hegemonietheorie Gramscis sind diese ja schon immer existent und in jeder Klasse vorhanden. Allerdings nehmen sie bei Gramsci nicht unbedingt die Funktion eines Intellektuellen in dem Sinne ein, dass sie ihre Ansichten und Einsichten innerhalb der Gesellschaft oder ihrer eigenen Klasse auch vertreten. Innerhalb einer graduellen Aktivierung fangen sie jedoch an, sich dieser Funktion auch bewusst zu werden und

beginnen ihre Meinung auch innerhalb ihrer Lebenswelt zu artikulieren. Gleichzeitig wird ihrer Funktion dabei auch mehr Beachtung geschenkt. Je länger die Krise der gesellschaftlichen Reproduktion jetzt andauert, desto größer wird nun wieder das Potential zur Aktivierung und es werden neue Themen und Denkweisen innerhalb der Öffentlichkeit der verschiedenen Lebenswelten bzw. der Zivilgesellschaft verbreitet, diskutiert und verhandelt.

Auch hier hängt es von dem Einsetzen der Passivierung ab, wie weit es geht. Bei der graduellen Aktivierung spreche ich daher von der Entstehung einer neuen Subjektivitätsform, allerdings ohne die Herausbildung von eigenen Hegemonieapparaten, welche sich gegen die Interessen der herrschenden Klasse artikulieren würden.

Die letzte Art der Aktivierung innerhalb meiner Kategorisierung ist die *permanente* Aktivierung. Hier werden dauerhaft neue Hegemonieapparate seitens der Subalternen konstruiert und diese versuchen nun die ihnen zugehörige eigene Subjektivitätsform gegenüber den herrschenden Interessen durchzusetzen oder auf diese aufmerksam zu machen. Sie werden damit ein fester Teil der Zivilgesellschaft und stehen in permanenter Konkurrenz zu den Hegemonieapparaten der herrschenden Klasse.

Die aus der Theorie Gramscis und Buci-Glucksmann gewonnen Begriffe der Aktivierung und Passivierung, werde ich nun auf die ERT in Argentinien anwenden. Es geht darum, zu zeigen, wie sich diese in die Politik Argentiniens als eigene Praxis und Strategie der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze einschreiben, bzw. ob ihnen dies gelingt. Des Weiteren will ich untersuchen inwieweit man von einer eigenen Hegemonie der ERT innerhalb einer gedachten und durch diese kreierte Aktivierung ihrer Akteure, der Arbeiter, sprechen kann. Dies ist nicht ganz einfach zu bewerkstelligen, will man die Umstände und Prozesse dieser Aktivierung der Arbeiter und die der Passivierung umfassend und holistisch beschreiben.

Der Moment der Aktivierung ist das Resultat eines bestimmten Wirtschaftsmodells und dessen Auswirkungen auf die sozialen Strukturen und die Modi der gesellschaftlichen Integration, welches sich zu dem Zeitpunkt der zahlenmäßig größten Ausbreitung der Fabriksbesetzungen in Argentinien, bereits selbst überholt hatte und dessen Legitimation schon nicht mehr gegeben war.

Dies bedeutet, dass das Einschreiben der Aktivierung der Arbeiter der ERT in andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse erfolgt, als zum Moment ihrer Aktivierung gegeben waren.

Im ersten Teil geht es daher darum, zunächst die Voraussetzungen für die Aktivierung der Arbeiter in Form der ERT zu erklären. Welche Umstände und Entwicklungen innerhalb der Politik, Wirtschaft und der sozialen Struktur haben zu der Entwicklung des Phänomens der ERT beigetragen, welches heute rund 10.000 Arbeiter in Argentinien umfasst?

Zu diesen Umständen zähle ich beispielsweise die sozio-strukturellen und ökonomischen Veränderungen während der neoliberalen Phase der vorangegangenen Jahrzehnte und insbesondere die der 90er Jahre. Diese haben die sozialen und ökonomischen Strukturen, die Art der Integration der Arbeiter in die Produktionsverhältnisse und in die Arbeitswelt drastisch verändert. Die argentinische Soziologin Maristella Svampa fasst diese Prozesse unter dem Stichwort der *Dekollektivierung* der Gesellschaft zusammen (Svampa 2005).

Der erste Teil wird also die Gründe für die Aktivierung der Arbeiter beschreiben. Danach wird auf die Ereignisse nach der Krise eingegangen, um kurz die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu beschreiben, welche ab dem Regierungsantritt von Nestor Kirchner und später unter Christina Kirchner einsetzten. Dies ist wichtig für das Verständnis unter welchen Umständen die ERT agieren und existieren.

Im zweiten Kapitel gehe ich auf die Beschaffenheit der ERT selbst ein. Es soll gezeigt werden wie sie sich konstituieren und funktionieren und die rechtlichen Umstände ihrer Existenz sollen beschrieben werden.

Im dritten Teil geht es um die Reform des Konkursgesetzes von 2011 in Argentinien. Diese Reform stellte eine der vielen Forderungen da, welche von den Organisationen der Bewegung der ERT an den Staat formuliert wurden. Die Reform stellt bei einem Konkurs von Unternehmen und Fabriken die Rechte und Forderungen der Arbeiter auf dieselbe Stufe wie die der Gläubiger und hilft so den Prozess der Wiederherstellung einer Fabrik zu beschleunigen. Für mich dient diese Reform als Beispiel für eine gelungene *Passivierung* seitens des Staates gegenüber der Bewegung der ERT. Den Arbeitern wird es erleichtert ihre Fabrik zu übernehmen und sie können weiter

produzieren. Es wird mit dieser Reform also der konfliktreiche Prozess der Fabriksbesetzung selbst abgeschafft.

Entwicklung der Politik und Wirtschaft in Argentinien

Die 90er Jahre in Argentinien waren von einem tiefen Wandel auf mehreren Ebenen gekennzeichnet. Wirtschaftlich hat die Regierung unter Präsident Menem mehrere wirtschaftliche Reformen unter dem ideologischen Einfluss des Neoliberalismus durchgeführt, welche nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen betrafen, sondern sich auch tief in die soziologischen Strukturen der argentinischen Bevölkerung eingruben.

Dort bewirkten sie eine Desintegration der bis dorthin existenten Weisen der sozialen Integration und den Übergang von kollektiven hin zu individualistischen Strukturen.

Wirtschaftliche Reformen der 90er Jahre

Der Politiker Carlos Menem übernahm die Präsidentschaft Argentiniens im Jahr 1989 von seinem Vorgänger Raul Alfonsín. Während Alfonsín der Partei UCR (*Unión Cívica Radical*) angehörte, welchen nach der Militärdiktatur in Argentinien und nach dem Übergang zur Demokratie an die Macht kam, war Carlos Menem Mitglied der peronistischen Partei PJ (*Partido Justicialista*). Der Peronismus war in den Jahren vor der Militärdiktatur (1976 – 1983) die wichtigste politische Strömung Argentiniens. Die populistische Politik Perons (Präsidentschaft 1943 – 1955, 1973 – 1976) schuf insbesondere während seiner ersten Präsidentschaft einen großen Rückhalt innerhalb der argentinischen Arbeiterklasse. (McGuire 1997, 50). Das unter seiner Präsidentschaft entworfene Entwicklungsmodell der importsubstituierenden nationalen Industrialisierung, welches bis in die 70er Jahre hinein wirkte (Hujo 2002, 86) und die gleichzeitige Politik der paternalistischen Einbindung und Organisation der urbanen Arbeiterklasse durch die starken Gewerkschaften in dieses Modell (James 2010, 11), welches ihnen Wohlstand und politischen Einfluss brachte (McGuire 1997, 50), waren und sind die Eckpfeiler der peronistischen Ideologie. (Feinmann?)

Carlos Menem trat 1989 an, um mit dieser traditionellen peronistischen Politik zu brechen. (Hujo 2002, 86/Svampa 2005, 32) Die Regierung Alfonsín hinterließ Menem ein schwieriges wirtschaftliches Erbe. Insbesondere die grassierende Hyperinflation war ein Problem, machte sie jedes Wachstum der Löhne wieder zunichte. Sie erreichte 1989 beinahe eine Rate von 200% monatlich. (Hujo 2002, 87) Gleichzeitig war die hohe Auslandsverschuldung Argentiniens ein Problem, die sich seit der Phase der Militärdiktaturen erheblich vergrößert und Ende der 80er Jahre den Stand von 60 Milliarden US-Dollar erreicht hatte. (Hujo 2002, 87)

Menems Wirtschaftspolitik zeichnete sich dabei vor allem durch die Einführung eines festen Wechselkurses des argentinischen Peso zum US-amerikanischen Dollar von 1:1 aus. Dieser wurde durch starke marktorientierte wirtschaftliche Reformen ergänzt, welche von Deregulierung, Privatisierung der staatlichen Betriebe und einer Politik der staatlichen Austerität gekennzeichnet waren. (vgl. McGuire 1997, 218 ff.)

Diese Politik fand den Gefallen des IWF und der Weltbank entsprachen sie doch perfekt der herrschenden wirtschaftlichen Ideologie des Neoliberalismus. Bis 1995 zeichnete sich diese Politik auch durchaus mit Erfolg bei der Bekämpfung der dringlichsten Probleme aus. Die Hyperinflation wurde gestoppt und das Wachstum der Auslandsverschuldung eingedämmt.

Auswirkungen der Reformen

Die Auswirkungen auf die argentinische Gesellschaft waren allerdings unterschiedlich und von einer sozialen Trennlinie gekennzeichnet. Schon während der ersten Amtszeit Menems wirkten sich die Strukturreformen insbesondere auf den Arbeitsmarkt und die sektorielle Struktur der Wirtschaft Argentiniens aus. In der zweiten Amtszeit Carlos Menems begann die Wirtschaft in die Krise zu rutschen, was die schon vorhandenen Probleme weiter verschärfte.

Durch die Einführung des festen Wechselkurses und der damit verbundenen Aufwertung des Peso verschob sich das Verhältnis von Import und Export, was ersteres wesentlich attraktiver machte. Dies setzte viele interne Produzenten unter Druck und drängte sie schließlich aus dem Geschäft. Hinzu kommt noch, dass durch die günstigen Importe

menschliche durch mechanische Arbeit ersetzt werden konnte. (McGuire 1997, 221 / vgl. Rebón 2007, 42) Dies im Zusammenhang mit der Privatisierung der Mehrheit der staatlichen Unternehmen und der Verschlinkung der staatlichen Verwaltung und der damit verbundenen Entlassung von etwa 220.000 Angestellten des öffentlichen Sektors zwischen 1989 und 1992, (McGuire 1997, 218) sowie die Änderung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts führten zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosenzahlen und zu einer Desintegration vieler Arbeiter aus der Gesellschaft. (Svampa 2005) Von April des Jahres 91 bis zum Mai 1995 stieg die Arbeitslosigkeit von 6,9 auf 18,6% der ökonomisch aktiven Bevölkerung und die informelle Beschäftigung von 8,6 auf 11,3% . (McGuire 1997, 222) Die Arbeitslosigkeit sollte sich von diesem Stand nicht mehr erholen. Im April betrug sie trotz einer zuvor leichten Erholung sogar 21,5% und der Anteil der informellen Arbeit 18,6% (Magnani 2003, 37).

Prinzipiell lässt sich sagen, dass die marktradikalen Reformen Menems das Gewicht vom traditionellen Wirtschaftsmodell der importsubstituierenden Produktion hin zu der Wertschöpfung durch die Finanz- und Anlagemärkte verlagert hat (Rebón 2007, 41). Insbesondere die argentinische Arbeiterklasse war von diesem Übergang betroffen. Das Ersetzen von händischer Arbeit durch Maschinen, der Konkurs vieler kleiner und mittlerer Betriebe, welche der Konkurrenz der Importe nicht mehr standhalten konnten oder die Umstellung von produzierenden Fabriken zu Produktionsstätten, die lediglich der Weiterverarbeitung vom importierten Material dienten, setzte der Industrielandschaft Argentiniens hart zu (vgl. Rebón 2007, 42) und führte zu einem "Prozess der extremen Deindustrialisierung" in Argentinien (Hujo 2002, 116). Die Verlustrate von Arbeitsplätzen in der arbeitsintensiven Industrie seit Ende der 80er Jahre bis 1994 wird auf etwa 20% geschätzt. (Schvarzer 1997, 265 f.)

Durch diese wirtschaftliche Transformation änderte sich nicht nur die wirtschaftliche Struktur, sondern auch die politische. So verloren die Gewerkschaften gegenüber den Unternehmerverbänden und dem Staat an Einfluss, Macht und Größe. (vgl. Palomino 2002, 243)

Gleichzeitig ist die politische Rolle der Gewerkschaften während dieser Transformation sehr ambivalent. Die Haltung der traditionell peronistischen Gewerkschaften zu der Politik Menems war angesichts der inneren Widersprüche dieser Politik gespalten. Viele

Gewerkschaftsführer hielten still, da Menem ja der peronistischen Partei angehörte und er die Inflation bekämpfte und ignorierten dabei sein anti-peronistisches Wirtschaftsprogramm und die Entmachtung der Gewerkschaften. So wurde unter Menem beispielsweise das Streikrecht stark eingeschränkt, dabei wurde es dem lebenswichtigen Sektor des öffentlichen Dienstes komplett verboten zu streiken. Zu diesem zählten die Krankenversicherungen, die Müllabfuhr, Schulen und Universitäten, die Post und die Telefon- und Kommunikationsunternehmen, sowie die rechtlich Verwaltung und der öffentliche Verkehr, welcher vor Gericht aber sein Streikrecht durchsetzen konnte. Ebenso wurde das Recht der Gewerkschaften beschnitten Flächentarife für die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft auszuhandeln. (McGuire 1997, 224) Andere Gewerkschaftsführer fanden sich mit den neuen Spielregeln im Staat ab und versuchten sich selbst zu bereichern. (vgl. McGuire 1997, 226 ff.) Durch ihre Haltung zu den Reformen Menems delegitimierten sich viele Gewerkschaftsführer in den Augen der Arbeiter (Romero 2002, 337)

Die Krise 2001

Die Reformen der Ära Menem und das Unvermögen der Nachfolgerregierung de la Rúas kulminierten schließlich in der Krise des Staates von 2001 und dem Aufstand von weiten Teilen der Bevölkerung am 19. und 20. Dezember desselben Jahres.

Fernando de la Rúa wurde ab dem Dezember 1999 der Nachfolger Menems und gehörte dem Wahlbündnis der *Alianza* an, welches die UCR 1995 mit der FREPASO (Frente para el País Solidario) eingegangen war (Romero 2002, 333). De la Rúa trat ein schwieriges Erbe an, war das 'Modelo' Menems in den letzten Jahren doch immer weiter in die Krise gerutscht.

Seit 1998 befand sich die Wirtschaft in einer Rezession, die Arbeitslosigkeit stieg bis 1999 auf etwa 13% und sollte im Jahr 2001 die 20% erreichen. Der feste Wechselkurs des Peso zum Dollar machte das Manövrieren in dieser Situation schwierig, denn gleichzeitig stiegen die Auslandsschulden stark an. Eine Politik der Staatsausgaben für die Erholung der Wirtschaft, widersprach der vom IWF auferlegten Politik der Austerität, auf den IWF war man aber wegen der dringend benötigten neuen Kredite

angewiesen. (Romero 2002, 338) Zudem war die Regierung de la Rúas politisch schwach aufgestellt. Im Kongress hatte sie eine knappe Mehrheit, im Senat allerdings war sie in der Minderheit. Dadurch war der Spielraum für Reformen stark eingeschränkt. (Romero 2002, 337)

Bis zum Jahre 2001 spitzte sich die Situation immer weiter zu, die Zahl der sozialen Proteste mehrte sich, welches insbesondere durch die Verbreitung der *piquetes*⁵ seit 1999 sichtbar wurde. (Romero 2002, 336) Die argentinische Politik und Wirtschaft sah sich ausserdem zunehmend den internationalen Anlegern und Investoren ausgesetzt, welche anders als etwa der IWF keine langfristigen Ziele verfolgten, sondern ihr Geld kurzfristig anlegten. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte unter Menem machte es ihnen möglich schnell Kapital aus Argentinien abzuziehen. (Romero 2002, 338) Diese schwierige Situation aus Auslandsverschuldung, Haushaltsdefizit, Rezession und hoher Arbeitslosigkeit geriet dann zu Beginn 2001 vollkommen ausser Kontrolle und wurde durch internationale Finanzkrisen noch verstärkt. Zwar versuchte der von de la Rúa im März 2002 wieder ins Amt gerufene Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo noch mit einigen gezielten Reformen das Schlimmste zu verhindern, scheiterte aber und konnte die starke Kapitalflucht ins Ausland nicht verhindern. Am 1. Dezember 2001 verordnete die Regierung daher den sogenannten '*corralito*', das Einfrieren aller Spareinlagen in Argentinien, um einen Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern. (vgl. Romero 2002 341 f.) Der *corralito* beschränkte die Barabhebung der Bevölkerung von ihren Konten auf 1000 Peso im Monat und untersagte zudem Transfers von Kapital ins Ausland ohne eine vorherige Genehmigung. (Giarraca 2007, 17) Aufgrund dieses Schrittes der Regierung und dem sozialen Konfliktpotential der verfehlten Politik der letzten 10 Jahre, welche große Teile der Bevölkerung aus der Gesellschaft ausschloss explodierte die Lage ab Mitte Dezember. Neben den berühmten Demonstrationen der Bevölkerung und besonders der Mittelklasse, den *cacerolazos*, gab es auch Ausschreitungen und Plünderungen von Supermärkten. Während die Proteste andauerten, gab es zwischen dem 21. Dezember 2001 und dem 2. Januar 2002 fünf Wechsel der Präsidenten bis zuletzt Eduardo Duhalde von der peronistischen Partei

5 Die Arbeitslosenbewegung der *Piqueteros* hat die Taktik wichtige Strassen im Land zu blockieren, um auf sich und ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Sie entstanden zum einen durch die enorm gestiegene Arbeitslosigkeit und der informellen Arbeit, zu anderen, weil die traditionellen Gewerkschaften Arbeitslose nicht als Mitglieder akzeptieren und sich diese im Zuge der sich zuspitzenden Krise andere Wege der Interessenvertretung suchen mussten.

Präsident wurde und bis zum Ende von de la Rúas vorgesehener Amtszeit blieb. (vgl. Romero 2002, 348) Zu diesem Zeitpunkt betrug die Arbeitslosenrate um die 20% (18,6% Oktober 2001, 21,5% Mai 2002). Die Zahl der Armen in Argentinien war ebenso stark angestiegen, auf 54,3%. (Svampa 2005, 35)

Während der verbleibenden Amtszeit Duhaldes wurde der *Plan Cavallo* also der feste Wechselkurs von argentinischen Peso zu US-Dollar nach und nach gelockert und der Peso zu den internationalen Währungen schrittweise abgewertet. Mit Hilfe von Schuldenerlassen und Krediten seitens dem IWF und der Weltbank konnte im Laufe des Jahres 2002 immerhin eine Stabilisierung der makroökonomischen Situation erreicht werden. Die Blockierung der Bankkonten wurde ebenfalls während diesen Jahres schrittweise aufgehoben. (Boris/Tittor 2006, 48 f.)

Auswirkungen der Krise

Diese Kapitel beschäftigt sich mit den Auswirkungen der neoliberalen Politiken in Argentinien und deren “Dynamik der sozialen Exklusion“ (Svampa 2005, 88) auf die Zusammensetzung des sozialen Gefüges der argentinischen Bevölkerung. Es soll aufzeigen, wie die vormaligen existenten sozialen Strukturen vom neoliberalen Modell aufgebrochen und neu angeordnet wurden und sich die sozialen Subjekte innerhalb dieser geänderten Umstände neu organisieren und anpassen mussten.

Durch die neoliberale Politik verschärfte sich die soziale Polarisierung innerhalb der Bevölkerung und die schon seit den 80er Jahren existierenden sozialen Probleme weiter. Beispielsweise konnte durch die wirtschaftliche Stabilisierung von 1991 bis 1994 die Armutsrate von 47,3 auf 19,7% gedrückt werden, welche aufgrund der wirtschaftlichen Probleme in der Phase der Hyperinflation Ende der 80er Jahre zuvor extrem zugenommen hatte. Jedoch erreichte sie nie wieder das durchschnittliche Niveau der 80er Jahre, welches bei etwa 13% liegt (vgl. Gasparini/Cruces 2010, 5). Ab 1994 stieg die Armutsrate dann wieder kontinuierlich an, bis sie ihr Hoch von 54,3% im Jahre 2002 erreicht hatte (Svampa 2005, 35). Der damit angestossene Wandel innerhalb der Gesellschaft betraf die verschiedenen sozialen Klassen Argentiniens auf verschiedene

Art und Weise. Insgesamt stellt die argentinische Soziologin Maristella Svampa fest, dass die argentinische Gesellschaft und ihre sozialen Sektoren während der 90er Jahre einem Prozess der *Dekollektivierung* hin zu einer *Individualisierung* der sozialen Subjekte unterlag (Svampa 2005, 35).

Durch den voranschreitenden Abbau der argentinischen Industrie gab es kaum eine Chance auf den Wiedereintritt in den formalen Arbeitsmarkt, was zu einer Prekarisierung und Abdrängung der Arbeiter in den informellen Arbeitsmarkt und in die Unterbeschäftigung führte. (Svampa 2005, 48) Sie wurden also aus der *sociedad salarial* (Svampa 2005, 95) ausgeschlossen, welche seit der ersten Regierung Peróns die soziale und wirtschaftliche Integration der Arbeiterklasse in Argentinien bestimmte.

Die Arbeiterklasse nahm innerhalb der populistischen gesellschaftlichen Konstruktion des Peronismus einen besonderen Platz ein, deren starker Anspruch auf Gerechtigkeit sich durch die *dignidad del tabajador*, also der Würde des Arbeiters definierte (James 2010).

Die soziale Konstruktion des gesellschaftlichen Subjekts Arbeiter und der gesamten Arbeiterklasse basierte dabei nicht auf einem starken Klassenbewusstsein der argentinischen Arbeiter, sondern konstruierte sich direkt durch ihr Verhältnis zum Staat und dem peronistischen Regime. Dabei spielten die Gewerkschaften die wichtigste Rolle, da sie sowohl die politische Organisation und Interessenvertretung der Arbeiter, als auch deren Teilhabe am erwirtschaftetem Wohlstand sicherten.

Die steigende Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern in den 90er Jahren und ihre damit verbundene Exklusion aus dem formellen Arbeitsmarkt stellte einen Wandel ihres sozialen Status dar.

Das neue Modell der wirtschaftlichen Entwicklung unter den Kirchners

Im Dezember 2003 wurde der peronistische Politiker Nestór Kirchner neuer Präsident Argentinien. Mit der Übernahme der Präsidentschaft implementierte er ein "neues Modell der nationalen Entwicklung" (Narodowski/Panigo 2010).

Diese neue Modell der Entwicklung basierte auf der Abkehr vom wirtschaftlichen Modell der 90er, mit dessen Schwerpunkt auf einem durch die Finanzmärkte

getriebenen Wachstum und setzte auf eine Strategie der “produktiven Akkumulation“ bei einer gleichzeitigen Forcierung der “sozialen Inklusion“ (Narodowski/Panigo 2010, 11). Dieses Modell legt starke Gewichtung auf den nationalen Markt und einer nationalen Reindustrialisierung besonders im Bereich der arbeitsintensiven Industriezweige, um so sowohl den Beschäftigungsgrad, als auch die interne Nachfrage nach Konsumgütern zu steigern. Der Staat nimmt als regulierende Instanz in diesem Modell eine stärkere Position ein, als beispielsweise die Auswirkungen des Regimes der internationalen Wechselkurse oder die Eingliederung in den internationalen Wirtschaftskreislauf (Narodowski/Panigo 2010, 11).

Zu den Maßnahmen zählten dabei die Beibehaltung der Abwertung des Pesos und die Stützung eines günstigen Wechselkurses, die Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs, die erneute Verstaatlichung vorher privatisierter Unternehmen und eine Entschuldung des öffentlichen Sektors, so etwa die Tilgung der Schulden gegenüber dem IWF (vgl. Panigo/Neffa 2009, 17 ff.). Das Resultat dieser Implementierung des neuen Modells und die gleichzeitigen günstigen Bedingungen an den Weltmärkten für traditionelle argentinische Exportgüter war, dass ab 2003 ein Aufschwung der Wirtschaft einsetzte und die zuvor angespannte wirtschaftliche Situation sich zu erholen begann. Der private Konsum zog wieder an und das niedrige Lohnniveau machte Arbeit in Argentinien wieder attraktiv für ausländische Unternehmen (vgl. Boris/Tittor 2006, 103 f.).

Das neue Modell förderte die positive Entwicklung des Beschäftigungsgrades. So stieg der Anteil der Beschäftigten innerhalb der Bevölkerung von etwa 36% im Jahr 2003 auf rund 42% im Jahr 2008. Die Arbeitslosenrate fiel im selben Zeitraum von 20 % im September 2003 auf etwa 7% im September 2008. Im Großraum Buenos Aires, traditionell eines der am dichtesten industrialisierten Gebiete Argentiniens, reduzierte sich die Arbeitslosigkeit um etwa 60% (Panigo/Neffa 2009, 6 f.). Die Armutsrate konnte bis zum Jahr 2009 durch staatliche Assistenzprogramme für die Betroffenen auf etwa 22% reduziert werden (Gasparini/Cruces 2010, 5). Trotz dieser positiven Auswirkungen muss man erwähnen, dass der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt Argentiniens, noch nicht wieder seinen Höchststand aus den 60er Jahren erreicht hatte. So betrug dieser Mitte der 60er Jahre um die 48%. Im Jahr 2008 etwa 33%.

Die *empresas recuperadas* in Argentinien

Definition der *empresas recuperadas*

Zunächst einmal gilt es die ERT zu definieren. Bei den ERT handelt es sich um ein Phänomen, welches sich ab der Krise 2001 zu entwickeln begann. Die Arbeiter ehemals funktionierender und nun stillgelegter Fabriken und Betriebe begannen diese zu besetzen und unter ihrer eigenen Führung wieder in Betrieb zu nehmen. Diese Fabriken wurden durch ihre Arbeiter *empresas* oder *fábricas recuperadas* genannt. Aufgrund der Häufung dieser Erfahrungen begann man bald von einer neuen sozialen Bewegung zu sprechen (Ruggeri 2009, 13). Obwohl es innerhalb dieser Bewegung vielerlei Unterschiede gibt, kann man sie zunächst dennoch an bestimmten Kriterien festmachen. Zum ersten: Die Leitung der Fabrik bzw. des Betriebs obliegt allen dort tätigen Arbeitern und betriebliche Entscheidungen werden in basisdemokratischen Versammlungen getroffen, bei der jeder Arbeiter die selbe Stimme hat. Die Organisationsstruktur innerhalb der Fabrik ist nicht hierarchisch, sondern horizontal. Zweitens: Die Fabrik oder der Betrieb war vor der Übernahme durch die Arbeiter in Privatbesitz und wurde, sei es durch einen legalen oder illegalen Konkurs oder anderen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen, stillgelegt. Während der Besetzung und Wiederherstellung der Fabrik oder des Betriebs durch die Arbeiter kam es zu einem Konflikt der Arbeiter entweder mit dem ehemaligen Besitzern, dem Staat, den Konkursverwaltern oder den Gewerkschaften, oder mit mehreren der Genannten. (vgl. Magnani 2003, 43) Drittens zeichnen sich die ERT durch den sozialen und ökonomischen Prozess aus, der ihrer Konstitution zugrunde liegt und an dessen Ende eben das bestimmende Merkmal der ERT steht, nämlich die *autogestión*, also die Selbstbestimmung der Arbeiter. Der Anthropologe Andrés Ruggeri betont, dass die ERT als eine "Totalität" verstanden werden müssen, als eine "produktive Einheit" welche einen "langen und komplexen Weg hin zur kollektiven Selbstbestimmung der Arbeiter gegangen ist" (Ruggeri 2009, 19).

Diesem komplexen Weg zur Selbstbestimmung den Andrés Ruggeri anspricht ist es unter anderem geschuldet, dass es vielerlei Unterschiede während des Prozesses der Wiederherstellung bei den ERT gibt. Jeder Fall hat seine Eigenheiten, seien es die

Gründe und der Verlauf für die Insolvenz oder den Konkurs, das Ausmaß des Widerstands der sich den Arbeitern bei der Wiederherstellung bietet, die Länge des Kampfes um die Inbetriebnahme oder wie sich das Verständnis der Arbeiter selbst zur *autogestión* und zu der Bewegung der ERT entwickelt.

Ablauf einer Besetzung

Hier zunächst einmal eine kurze vereinfachte Zusammenfassung über den Ablauf einer Fabriksbesetzung und deren Wiederherstellung durch die Arbeiter. Diese läuft auf folgende Weise ab: Vor der Besetzung einer Fabrik oder eines Betriebes kommt es zu einem Bruch mit dessen Belegschaft. Entweder es gibt Entlassungen gegen welche sich die Arbeiter zur Wehr setzen oder der Eigentümer meldet den Konkurs an. Dabei muss man folgende Sachen beachten: Die angemeldeten Konkurse waren nicht immer legal. Viele Fabriken hatten Schulden bei ihren Zulieferern oder bei Staat und Banken von denen sie zuvor Kredite bekommen hatten. Zudem bedeutet eine Entlassung der Arbeiter, dass man diesen eine Abfindung bezahlen muss. Ein gesteuerter Konkurs kam die Eigentümer im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten daher günstiger. Die Konkursmasse wird dabei zu einem Bruchteil ihres eigentlichen Wertes verkauft. Spannen die ehemaligen Eigentümer dabei einen Strohmann ein, können sie die Fabrik wiedereröffnen und sind gleichzeitig die Zahlungen an die Gläubiger und die Arbeiter los. Kauft man die Fabrik nicht wieder zurück entledigt man sich so im besten Falle seiner Schulden.

Die Arbeiter besetzen daraufhin die Fabrik oder kampieren davor, um den Ausverkauf beweglichen Güter, also der Maschinen etc. und den Verkauf der Fabrik durch das Konkurs- oder Insolvenzverfahren zu verhindern. Gleichzeitig müssen sie nun versuchen den für das Konkursverfahren verantwortlichen Richter zu überzeugen, ihnen die Erlaubnis zur Weiterführung der Produktion zu geben, oder die Regierung dazu zu bringen, die Fabrik aufgrund eines existenten öffentlichen Interesses zu enteignen und den Arbeitern zu überlassen. Die Arbeiter der Fabrik müssen sich zudem innerhalb dieses Prozesses eine juristische Form geben. Etwa 94 % der ERT übernehmen die rechtliche Form einer *cooperativa de trabajo* (Ruggeri 2009, 18). Dieser cooperativa

de trabajo kann dann durch den Richter des Konkursverfahrens die Erlaubnis übertragen werden mit der Ausbeutung der Fabrik fortzufahren. Ebenso kann der Staat die Eigentümer zu Gunsten der cooperativa de trabajo mit einem dafür erlassenen Gesetz enteignen. Bekommen die Arbeiter die Erlaubnis weiter produzieren zu dürfen, beginnt der Kampf um ihre Integration in den Markt.

Die Entwicklung der ERT

Das Phänomen der ERT begann nicht erst mit der Kulmination der Krise im Dezember 2001. Erste Fälle gab es schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Dazu zählen etwa der fleischverarbeitende Betrieb Frigorífico Yaguané im Bezirk La Matanza der Provinz Buenos Aires oder die metallverarbeitende Fabrik IMPA im Viertel Almagro der Stadt Buenos Aires. Im Fall Yaguané kam es bereits 1996 zu Konflikten zwischen der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung, nachdem 250 der dort angestellten 527 Arbeiter wegen einer hohen Verschuldung des Unternehmers entlassen werden sollten. Gegen diese Massnahme besetzten die Arbeiter die Fabrik und formierten sich unter als Kooperative unter dem Namen "Cooptrafriya" (Cooperativa de trabajo Frigorífico Yaguané). Die Arbeiter konnten danach mit den Aktionären des Unternehmens im Laufe des Konkursverfahrens die Übernahme einer Mehrheit des Aktienpaketes gegen die Schulden, welche das Unternehmen gegenüber den Arbeitern der Kooperative in nicht gezahlten Löhnen und Sozialleistungen hatte, verhandeln. Allerdings blieb die Kooperative damit auf den Schulden des Unternehmens sitzen und für lange Zeit nahmen die Arbeiter als Lohn nicht mehr als eine Tüte Fleisch pro Woche mit nach Hause. Im Juni 2001, etwa 5 Jahre nach dem Beginn des Konflikts, schaffte es die Kooperative von Seiten der Provinz Buenos Aires ein Enteignungsgesetz für Yaguané zu erwirken. Damit dieses Gesetz tatsächlich rechtskräftig wurde, fehlte die dafür vorgeschriebene Entschädigungszahlung der Provinz Buenos Aires an die Eigentümer, welche bis August 2003 nicht ausgezahlt wurde, weshalb der für das Konkursverfahren zuständige Richter bereits das enteignete Eigentum zwecks Abverkauf zurückforderte. Die Verhandlungen um die Höhe der Entschädigung gestalteten sich schwierig. 1996 wurde der Wert im Konkursverfahren auf 3,2 Millionen argentinische Peso bzw. US-

Dollar festgesetzt. 2003 bot die Regierung der Provinz 5 Millionen Peso, während der Konkursverwalter 38 Millionen Peso forderte, da die Fabrik mittlerweile durch die Arbeit der Kooperative wieder rentabel war und die Kooperative darüber hinaus Investitionen getätigt hatte, um die Exporterlaubnis für Europa zu bekommen (vgl. Magnani 2003, 43 f.).

Die Geschichte der Fabrik IMPA ist ebenso wie die von Yaguané exemplarisch für die später nachfolgenden Fälle der ERT. Gegründet 1910 wurde sie aufgrund von wirtschaftlichen Problemen bereits 1961 in eine *cooperativa de trabajo* umgewandelt. Diese Form der unternehmerischen Assoziation sieht beispielsweise regelmäßige Versammlungen ihrer Mitglieder vor, in welchen Entscheidungen über die Unternehmenspolitik besprochen und durch die Versammlung abgesegnet werden müssen. Für die Eigentümer hat diese Form den Vorteil, dass sie sich die Zahlungen für die staatlichen Sozialabgaben der vormals als Arbeitnehmer angestellten Arbeiter sparen. Im Falle der IMPA geschah dann aber das, was in vielen zu diesem Zwecke gegründeten Kooperativen passierte. Die hierarchischen Unterschiede zwischen den leitenden Angestellten und den Arbeitern bleiben bestehen, ebenso wie die Gehaltsunterschiede. 1997 begann die Fabrik in eine Krise zu geraten. Deren Leitung hatte Schulden angehäuft und die Arbeiter bekamen nur noch 2 Peso täglich als Lohn ausbezahlt, das Vertrauen zu den leitenden Mitgliedern war zerstört. Dies führte im Mai 1998 zum Bruch der leitenden Mitglieder mit dem Rest der Kooperative, welcher in der Fabrik verblieb und fortan versuchte die Produktion selbst zu organisieren. Wenig später entdeckten die verbleibenden Arbeiter in den Bilanzen der Fabrik ausstehende Schulden von über 6 Millionen Peso. Für die Tilgung wurde mit den Gläubigern eine Frist von 10 bis 14 Jahren ausgehandelt (vgl. Magnani 2003, 44 f.).

Die zwei beschriebenen Fälle decken in etwa die verschiedenen Möglichkeiten ab, welchen Verlauf die Konflikte innerhalb eines Betriebes nehmen und wie diese Konflikte schließlich zu der Besetzung einer Fabrik oder eines Unternehmens und der Organisation der Produktion durch die eigenen Arbeiter führen.

Die quantitative Dimension der ERT

Prinzipiell ist es nicht einfach präzise quantitative Aussagen über die ERT zu treffen. Dies liegt daran, dass ihre juristische Situation in vielen Fällen nicht geklärt ist, bzw. es

keine eigene juristische Form für die ERT gibt. Es gibt also kein zentrales Register, welches man konsultieren könnte. Die verschiedenen Organisationen der ERT wissen in etwa bescheid über die mit ihnen assoziierten Fabriken. Allerdings sind die Informationen welche sie beispielsweise über das Internet veröffentlichen nicht immer aktuell. Durch den langen Konflikt und die ungeklärte rechtliche Situation der verschiedenen ERT ist es oft nicht möglich ist, eine klare Aussage über deren Fortbestand, eine mögliche Räumung oder deren wirtschaftlichen Misserfolg zu treffen. Die umfangreichste Dokumentation über die ERT gibt es von der *Facultad Abierta* und dem von dieser betriebenen *centro de documentación de las empresas recuperadas*. Die *Facultad Abierta* wurde 2002 in Kooperation mit der Fakultät für Philosophie der *Universidad de Buenos Aires* ins Leben gerufen und soll Studenten und Wissenschaftler mit den sozialen Bewegungen in Kontakt bringen, um gemeinsam die sozialen Veränderungen im Zuge der Krise 2001 analysieren zu und in einen Kontext setzen zu können. Seit 2002 hat das *centro de documentación* drei Erhebungen zu den ERT angefertigt. Die neueste datiert vom März 2010.

Demnach gab es im März 2010 in ganz Argentinien 205 ERT mit etwa 9400 Arbeitern (Ruggeri 2011, 11). Im Jahr 2004 waren es nur 161 ERT mit insgesamt 6900 Arbeitern.⁶Von den heute existenten ERT wurden 14,6% vor dem Jahr 2001 und 12,2% im Jahr 2001 selbst besetzt. Der Großteil der Fabriksbesetzungen setzte dann von 2002 bis 2004 ein. In diese Zeit fallen etwa 50% der Besetzungen. Innerhalb der Zeiträume von 2005 bis 2007 und von 2007 bis 2010 wurden jeweils etwa 10% der heute existenten ERT durch ihre Arbeiter besetzt (Ruggeri 2011, 18).

Der Großteil der ERT entstand demnach im Zeitraum direkt nach der Krise von 2001, als das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die staatlichen Institutionen am schwächsten war.

6 Wie erwähnt ist die Erhebung über die genaue Zahl der ERT nicht einfach. Hector Palomino spricht in seinem Artikel in der Zeitschrift OSERA beispielsweise von 221 *empresas recuperadas* im ganzen Land (Palomino 2011, 2).

Die rechtliche Situation der ERT vor der Reform des Konkurs und Insolvenzgesetzes 2011

Das Konkursgesetz von 1995

Das bis 2011 gültige Konkursgesetz (*Ley de concursos y quiebras*, Nr. 24.522) wurde 1995 unter dem damaligen Finanzminister der Regierung Menem, Domingo Cavallo, in Kraft gesetzt (Magnani 2003, 94).

Dieses sieht eine Liquidierung der beweglichen und unbeweglichen Güter innerhalb von 4 Monaten vor. Per Beschluss des Richters kann diese Frist um weitere 30 Tage verlängert werden (Magnani 2003, 95). Die beweglichen und unbeweglichen Güter werden also als Konkursmasse verkauft von dem Erlös werden dann die verschiedenen Gläubiger des Unternehmens ausbezahlt. Bei der Ausbezahlung an die Gläubiger gibt es eine vom Konkursgesetz vorgeschriebene Reihenfolge. Zu erst werden die Gebühren für die Anwälte, den Konkursverwalter und der Justiz beglichen. Bleibt dann etwas übrig geht dies zunächst an die Hypothekengläubiger, dann an die Pfandgläubiger (Pfand auf bewegliche Güter) und erst an dritter Stelle stehen die ehemaligen Arbeiter der Fabrik mit ihren ausstehenden Gehältern und Sozialabgaben. Dadurch dass die mit der Konkursmasse erzielten Erlöse meistens nur einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes des Unternehmens darstellen, ist es für die Arbeiter sehr unwahrscheinlich einen Teil ihrer ihnen zustehenden Entschädigungen zu bekommen (Magnani 2003, 98). Dies macht es beispielsweise fast unmöglich, dass die Schulden, welche die Unternehmer gegenüber den Arbeitern haben, als Zahlung oder Anzahlung für den Kauf der Konkursmasse dienen, da eben die anderen Gläubiger rechtlich zuerst bedient werden müssen.

Innerhalb der viermonatigen Frist des Konkursverfahrens hat der Richter ebenfalls die Möglichkeit es den Arbeitern zu erlauben, die Fabrik weiter zu bewirtschaften, solange es den Verlauf des Konkursverfahrens nicht stört. Dies hängt dabei sehr stark von der Gewogenheit des Richters ab (Magnani 2003, 97), kann für die Arbeiter einer Fabrik aber einen wertvollen Zeitgewinn für ihren Kampf um die Übernahme der Fabrik bedeuten. Gehen die Konkursverfahren zugunsten der Arbeiter und ihrer Kooperative aus, geschieht dies entweder auf Basis eines Mietvertrags über die Fabrik, oder durch den Kauf der Fabrik durch die Arbeiter beim Abverkauf.

Dies geschieht aber selten. Zur Erinnerung: Die Schulden der ehemaligen Eigentümer gegenüber den Arbeitern werden nicht als Zahlungsmöglichkeit für den Kauf der Fabrik angesehen, da diese in der Priorität der Tilgung aus der Konkursmasse an letzter Stelle stehen. Es fehlt den Arbeitern also das nötige Kapital um die Fabrik, auch zum wesentlich günstigeren Abverkauf, zu erwerben. Manchmal passiert es, dass die Arbeiter einen schlüssigen Wirtschaftsplan vorlegen können und der Richter ihnen die Ausbeutung der Fabrik erlaubt, um dann diese später kaufen zu können. Dies hängt aber stark von der Marktposition des Unternehmens ab und ob der Konkurs nicht mit Absicht durch die Besitzer herbeigeführt wurde. In diesen Fällen steht es meistens schlecht um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe.

Sollte es während des Konkursverfahrens zu keiner Vereinbarung der Arbeiter mit den verschiedenen beteiligten Parteien über die Kontinuität des Unternehmens in den Händen der Arbeiter kommen, so sind die Gesetze zur Enteignung auf nationaler Ebene oder die der Provinzen der nächste Schritt.

Die Enteignungsgesetze

Der lange Kampf der Arbeiter um die Erlaubnis in ihrer Fabrik bleiben zu können, ist in dem alten Konkursgesetz schon eingeschrieben, denn es stellt die Liquidierung der Fabrik über den Erhalt der Arbeitsplätze (vgl. Caro OSERA).

Das Konkursgesetz ist nur ein Baustein auf dem Weg zu einer mehr oder weniger geklärten legalen Situation. Weitaus wichtiger sind eigentlich die Enteignungsgesetze, welche den Arbeitern unter bestimmten Voraussetzungen die Fabrik übertragen.

Auf deren Basis werden den ERT am häufigsten die Erlaubnis zum Verbleib in ihrem Unternehmen gegeben. Gemäß der Erhebung der *Facultad Abierta* besaßen im März 2010 etwa 64% der ERT ein Enteignungsgesetz, wovon 19% über eine definitive Enteignung verfügten.

Das nationale Enteignungsgesetz (Nr. 21.499) datiert von 1948. Es besagt, dass private oder öffentliche Güter, materieller oder nichtmaterieller Natur, vom Staat enteignet werden können, falls diese Güter und deren Nutzung ein Interesse der Öffentlichkeit und der Gemeinschaft darstellen. Der Staat muss für die Enteignung eine Entschädigung an die vorherigen Eigentümer zahlen. (vgl. Magnani 2003, 99)

Die Enteignungen können dabei temporär oder definitiv sein. Im Falle einer temporären

Enteignung bezahlt der Staat dem Eigentümer oder dem Konkurs- bzw. Insolvenzverwalter eine symbolische Miete. Bei einer definitiven Enteignung muss die Entschädigung innerhalb von zwei Jahren erfolgen. Geschieht dies nicht kann die Enteignung noch einmal verlängert werden. Bleibt die Entschädigung seitens des Staates an die ehemaligen Eigentümer aus kann es aber auch zu einer Rückgängigmachung der Enteignung kommen (Ruggeri 2011, 36).

Das Enteignungsgesetz sieht eigentlich vor, dass bevor es zu einer Übertragung des Eigentumstitel kommt, die Entschädigung von Seiten des Staates geleistet werden muss. Ist dies geschehen kann der Richter des Enteignungsverfahrens das Eigentum übertragen. Allerdings kann die zuständige Exekutive auch sofort enteignen ("irreguläre Enteignung"), ohne erst die Entschädigung zu zahlen und dann später die Legalisierung der Enteignung besorgen. Hierfür muss aber ein Gesetz erstellt werden, welche das zu enteignende Gut als von Wichtigkeit für das öffentliche Interesse deklariert (Magnani 2003, 101).

Die Entschädigung richtet sich nach dem *precio justo* der dem *valor fiscal* entspricht, welche durch das *Tribunal de Tasaciones de la Nación* ermittelt wird. Dieser *valor fiscal* ist oft wesentlich höher, als was ein Ausverkauf der Konkursmasse einbringt. Durchschnittlich entspricht der erlöste Wert beim Verkauf der Konkursmasse etwa 30% des realen Wertes. Auf jeden Fall kann eine definitive Enteignung durch den Staat ein gutes Geschäft für die Eigentümer sein (Magnani 2003, 100).

Neben dem nationalen Enteignungsgesetz hat die Provinz Buenos Aires ebenfalls ein eigenes Gesetz zur Enteignung (Ley Nr 5.708 de la Provincia de Buenos Aires), welches dem nationalen Enteignungsgesetz gleicht (Magnani 2003, 101). Jedoch hat es zwei Artikel, welche die Anwälten der *empresas recuperadas* öfter anführen, um eine Enteignung vor Gericht zu erreichen. Dies ist zum einen der Artikel 53 des Gesetzes. Dieser besagt, dass im Falle eines Notstandes der durch "höhere Gewalt" eintritt, private Güter enteignet werden können, falls diese dazu dienen können, diesen Notstand zu beheben.

Soweit zu der Beschreibung der Gesetze. Die Anwendung und Nutzung dieser möglichen gesetzlichen Instrumente ist wie schon gesagt, keine Garantie für den Erfolg einer Enteignung. Hier kommt es auf die Kunst der Anwälte, die Ausdauer der Arbeiter und auf die Gewogenheit der zuständigen Richter bzw. die der staatlichen Organe an.

Der wichtigste Punkt in der Argumentationsstrategie der Anwälte ist die Berufung auf den Artikel 14 der argentinischen Verfassung. Dieser garantiert jedem Argentinier das Recht auf Arbeit. Diesem steht der Artikel 17 der Verfassung gegenüber, der das Recht auf Privateigentum schützt. Da sich diese beiden Artikel bei der Argumentation für eine Enteignung zu Gunsten der Arbeiter vor Gericht gegenseitig aufheben, bzw. das Recht auf Privateigentum von den Richtern meistens als das höhere Gut angesehen werden, kommt innerhalb der Argumentation der Anwälte daher auch immer der Artikel 16 der Verfassung zum tragen, der eine Gleichheit der Personen vor dem Gesetz vorschreibt.

Nun muss vor Gericht glaubhaft gemacht werden, dass beispielsweise eine Fabrik in Insolvenz/Konkurs einen Fall von höherer Gewalt darstellt, ähnlich einer Naturkatastrophe. Dass also der Verlust von Arbeitsplätzen in Zeiten der wirtschaftlichen Krise und einer hohen und strukturellen Arbeitslosigkeit so interpretiert werden kann und es daher eine rechtliche Basis für eine Enteignung gibt.

Die Organisationen der Bewegung der ERT

Im Laufe der Geschichte der ERT in Argentinien gründeten sich mehrere verschiedene Organisationen um die Belange der Arbeiter in ihrem Versuch ihre Arbeitsplätze zu retten zu unterstützen. Mit einigen wenigen Ausnahmen stand die Mehrheit der Gewerkschaften, als traditionelle Vertretung der Arbeiter, dem Phänomen der ERT zunächst skeptisch gegenüber. Es passte nicht in ihr tradiertes Modell die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Initiative der Arbeiter ihre Arbeitsplätze selbst wieder herzustellen untergrub in den Augen der Gewerkschaftsfunktionäre oft deren eigene Position im Machtgefüge der Interessenvertretung Argentiniens. Diese begründet auf der Vermittlung der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeiter gegenüber denen der Arbeitgeber und Fabrikseigentümer. Die ERT passten nicht in dieses Schema. Zudem haben die Arbeiter der ERT innerhalb des Konkurs- oder Insolvenzverfahrens den Status von Arbeitslosen und die gewerkschaftlichen Tarifverträge verlieren im Falle eines Konkurses ihre Gültigkeit. Die Statuten der traditionellen Gewerkschaften sehen eine Vertretung von Arbeitslosen aber nicht vor. Von den Gewerkschaften war daher keine Hilfe zu erwarten. Hinzu kommt, dass diese unter der Regierung Menems dessen

Reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mitgetragen hatten. Die Skepsis beruhte also auf Gegenseitigkeit. In den Augen vieler Arbeiter hatten die Gewerkschaften durch ihre Unterstützung der neoliberalen Politik ihre Legitimität verloren.

Aufgrund der passiven Rolle der Gewerkschaften gründeten sich ab dem Jahr 2002 mehrere Organisationen und Vereinigungen zu den ERT, um die Interessen dieser zu vertreten und Forderungen an den Staat zu stellen. Diese Organisationen darf man nicht als einen homogenen Block sehen, bestehen zwischen ihnen Unterschiede hinsichtlich ihrer ideologischer Ausrichtung, Einordnung und Definition der ERT und der Art und Weise wie sie diese in ihren Konflikte unterstützen. Aus diesen Unterschieden resultieren auch die verschiedenen Taktiken dieser Organisationen das Phänomen der ERT institutionell zu verankern und deren Einordnung als Akteur einer ökonomischen und politischen Rekonstruktion. So sieht der Soziologe Gabriel Fajin unter den Organisationen Vertreter einer "sozialistischen Rekonstruktion", "neue-alte Formen eines "sozialen" und neu-keynesianistischen Kapitalismus" oder auch "Formen der Selbstbestimmung, welche über den Staat und Kapitalismus" hinausgehen (Meyer 181, 2006).

So ist die älteste der Organisationen, die MNER (Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas) der "sozialistischen Rekonstruktion" zu zuordnen, während sich die daraus abgespaltete MNFRT (Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas por sus Trabajadores) im ideologischen Bereich des keynesianistischen Kapitalismus bewegt und sich Anleihen aus der "politisch rechten Seite der peronistischen Gewerkschaftsbewegung der 70er Jahre" nimmt. (Ruggeri 2009, 85).

Dieser Unterschied macht sich in ihren Forderungen bemerkbar. Während die MNER ein staatliches Enteignungsgesetz für die ERT fordert, vertrat die MNFRT die Forderung nach einer Reform des Konkurs und Insolvenzgesetzes. Diese ideologischen Differenzen machen sich auch in ihrem Führungsstil gegenüber der ihnen assoziierten ERT bemerkbar. Die MNFRT greift aktivier in die Belange der ERT ein und stellt ihnen auch Verwaltungspersonal gegen Bezahlung zur Verfügung, während die MNER die Auffassung vertritt, dass eine Einmischung in die internen Prozesse der ERT die dort etablierten demokratischen Entscheidungsprozesse stört und man die Arbeiter nicht ideologisch vereinnahmen will (Magnani 2003, 61).

Neben diesen beiden Organisationen existieren noch weitere. Die FACTA (Federación de Cooperativas de Trabajadores Autogestionados), welche sich stark mit dem in Argentinien schon existenten Kooperativismus verbindet oder die ANTA (Asociación Nacional de Trabajadores Autogestionados). Diese ist in die Gewerkschaft CTA (Central de Trabajadores Argentinos) integriert, welche sich von den traditionellen Gewerkschaften Argentiniens beispielsweise darin unterscheidet auch Arbeitslose zu vertreten. Zudem unterstützt die CTA auch andere soziale Bewegungen wie etwa die *Piqueteros* (Ruggeri 2009, 87).

In Hinsicht auf die Aktivierung der Arbeiter durch die ERT ist es wichtig festzuhalten, dass es diese Unterschiede in der Ideologie und Ausrichtung der verschiedenen Organisationen der ERT gibt und dass es daher auf der Ebene der Interessenvertretung keinen homogenen und in sich geschlossenen Block gibt, der präzise Forderungen an den Staat über die Einbettung der ERT in dessen Institutionen stellen kann.

Die ERT als Aktivierung der Arbeiter

Die einfache Aktivierung

In erster Linie stellen die ERT eine Taktik der Arbeiterklasse dar, in Zeiten einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, welche durch die Deindustrialisierung Argentiniens in den 90er Jahren entstanden ist, ihre *Quelle der Arbeit (fuente de trabajo)* zu sichern. Diese Taktik muss man in einem direkten Kontext zu der sozialen und wirtschaftlichen Krise der 90er Jahre und ihrer Kulmination im Dezember 2001 sehen. Durch die strukturelle Arbeitslosigkeit waren die Arbeiter aus ihrer bis dahin existenten Lebensumständen gerissen worden, welche sich durch ein bestimmtes Modell der sozialen und wirtschaftlichen Integration in die Gesellschaft definierten. Dieses Modell der Integration war bestimmt durch die *sociedad asalariada*, bzw. *sociedad salarial* (Wyczykier 2009, 182) also die Integration der Arbeiter als Arbeitnehmer (Svampa 2005, 95). Der Ausschluss aus diesem Modell und letztendlich die Abschaffung desselben durch die neoliberale Politik, schlug sich auf das Selbstverständnis der Arbeiter, sowohl individuell als auch als Klasse aus. Die Wiederherstellung ihrer Arbeitsplätze durch Fabriksbesetzungen ist daher als direkte Strategie der Arbeiterklasse

zu sehen, sich teilweise zu reintegrieren und so ihren Anteil an der Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen zu sichern. Gleichzeitig ist es auch ein Prozess, die neoliberale Dekollektivierung, welche der Arbeiterklasse in den 90er Jahren widerfuhr (Svampa 2005), rückgängig zu machen und neue Wege der sozialen und wirtschaftlichen Integration zu suchen (Wyczykier 2009, 182).

Aufgrund des Aspekts der Reintegration der Arbeiter als solche in die Gesellschaft spricht die Soziologin Gabriela Wyczykier von der Bewegung der ERT als eine soziale Bewegung, welche nicht mit den Regeln der kapitalistischen Produktion und der sozialen Beziehungen, welches diesem zugrunde liegen brechen will. Sondern es geht dieser Bewegung um die Verteilung der Ressourcen innerhalb des kapitalistischen Systems und eine Neubestimmung eben dieser Verteilungsmodi. (Wyczykier 2009, 182). Die Forderungen welche die Bewegung durch die Besetzung von Fabriken formuliert, werden innerhalb der existenten Formen der Arbeit und der Politik verhandelt und beziehen sich nicht auf die Veränderung des "Modus der kapitalistischen Produktion" (Wyczykier 2009, 183).

Diese Einordnung der ERT mag richtig sein, wenn man nur das direkte Ziel der Fabriksbesetzungen betrachtet, die Wiederherstellung bzw. Sicherung der Arbeitsplätze. Allerdings tangieren die Arbeiter der ERT auf dem Weg zu ihrem Ziel bereits neuralgische Punkte der kapitalistischen Produktionsweise und den mit ihr verflochtenen gesellschaftlichen Verhältnissen im Sozialen, Politischen und Wirtschaftlichen. Die Besetzung einer Fabrik in Privateigentum und die Blockierung des Abverkaufs der sich in ihr befindenden Maschinen und Güter. Dies ist eine Störung eines gesetzlich vorgeschriebenen Konkurs oder Insolvenzverfahrens. Aufgrund dieser Tatsache bezeichne ich die Praxis der Besetzung einer Fabrik bereits als *einfache Aktivierung* der Arbeiter, denn sie reagieren auf diese Weise auf eine Krise innerhalb ihrer Lebenswelt, welche ihre eigene Reproduktion gefährdet. Die strukturelle Arbeitslosigkeit aufgrund der Deindustrialisierung, welche eine Folge der vorangegangenen existenten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse war.

Die *Passivierung*, welche hier entgegenwirkt resultiert aus den legalen und institutionellen Hürden, welche die Arbeiter einer besetzten Fabrik auf ihrem Weg zur Übernahme überwinden müssen, da diese einen solchen Prozess nicht vorsehen (Ruggeri 2011, 35). Den diese *einfache Aktivierung* der Arbeiter, in Form der ERT,

berührt eine der wichtigsten Institutionen des kapitalistischen Staates, das Privateigentum und im Falle der Arbeiter, dass aus ihm resultierende gesellschaftliche Verhältnis der abhängigen Lohnarbeit. Die Kämpfe, welche die Arbeiter während des Prozesses der Wiederherstellung ihrer Arbeitsplätze führen müssen, finden alle auf dem Terrain des Privateigentums und dessen Schutz durch die Legislative statt (Ruggeri 2011, 35). Die Passivierung entsteht hier also durch die bestehenden Verhältnisse, welche sich in den Gesetzen materialisieren.

Diese *Passivierung* wirkt durch die bestehenden Gesetze und deren Umsetzung durch die Exekutive und Judikative, wenn die Polizei besetzte Fabriken aufgrund eines richterlichen Beschlusses mit Gewalt räumt. Die *Passivierung* ist also ein Prozess, welcher sich in den langen Konflikten um die Besetzungen ausdrückt. Allerdings war dieser Prozess der *Passivierung* selbst in einer Krise. Denn diese *Passivierung* resultiert aus den Verhältnissen, welche in ihrer Gesamtheit selbst im Zuge der *organischen Krise* des argentinischen Staates ihre Legitimität verloren haben. Neben der “monumentalen wirtschaftlichen Krise“ und der sozialen Krise war die Krise von 2001 auch eine “hegemoniale Krise der Klasse an der Macht und all ihrer Fraktionen“ (Meyer 2006, 179). Die Mittel der Passivierung waren durch die Krise delegitimiert. Dies wird deutlich an der schnell steigenden Zahl der Fabriksbesetzungen direkt nach der Krise von 2001, also der vielfachen Reproduktion dieser Praxis und an den verschiedenen Organisationen, welche um das Phänomen der ERT herum entstanden und welche begannen die Praxis der Fabriksbesetzung zu unterstützen und zu verbreiten. In den Jahren von 2002 bis 2004 entstanden rund 50% der existenten ERT Argentiniens (Ruggeri 2011, 18).

Das der Prozess der Passivierung dabei in der Krise war, heißt nicht, dass es nicht zu gewaltsamen Unterdrückungen oder zu Versuchen von Unterdrückung der ERT in Form von Räumungen der Fabriken durch die Polizei aufgrund eines richterlichen Beschlusses kam. So war das Konfliktpotential in den Jahren 2002 bis 2004 bei Fabriksbesetzungen am höchsten und rund 60% der ERT, deren Arbeiter innerhalb dieses Zeitraums mit ihrer Aktivität begannen, waren Repressionen durch die Staatsgewalt ausgesetzt. In den Jahren darauf sank dieser Anteil auf rund 40% (Ruggeri 2011, 27). Ebenso hoch war in diesen Jahren die Dauer des Konflikts bis zu einer Klärung der rechtlichen Situation der einzelnen ERT. Im Zeitraum von 2002 bis 2004

waren dies im Durchschnitt 174 Tage (ebd., 28).

Die Tatsache dass im Jahr 2010 63% der ERT ein Gesetz zur Enteignung ihrer Fabrik erwirkt haben und sich nur noch 5% im Zustand der Besetzung fanden (ebd. 2011, 37), sollte nicht über diese Konflikte hinwegtäuschen. Der Großteil der staatlichen Enteignungen zu Gunsten der ERT ereignete sich ab dem Jahr 2005 und nicht alle wurden bis zum Jahr 2010 mit der Zahlung der Entschädigung durch den Staat legalisiert (vgl. Ruggeri 2011, 36).

Diese Indifferenz des Staates gegenüber den ERT, die Widersprüche zwischen dem Handeln von Exekutive und Judikative auf der einen und der Legislative auf der anderen Seite, hing mit den Entwicklungen zusammen, welche sich gleichzeitig auf der nationalen politischen Ebene in Argentinien abspielten. Der Regierungsantritt von Präsident Nestor Kirchner im Jahr 2003 und der mit diesem verbundenen Paradigmawechsel in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik des “neuen nationalen Projekts“ bedeutet nicht, dass die dem kapitalistischen Staat zugehörigen Institutionen sich mit einem mal radikal diesem Paradigmawechsel anschließen. Wie ich bereits aus der Staatstheorie Nicolas Poulantzas abgeleitet habe, sind diese selbst von Kämpfen um bestimmte Hegemonien durchdrungen und daher in sich widersprüchlich und ungleichzeitig. Man muss feststellen, dass gerade in der Hochphase der Fabriksbesetzungen von 2002 bis etwa 2004, die Ausgestaltung einer konsistenten staatlichen Antwort auf die Probleme, gegen welche sich die Arbeiter der ERT aktivierten, fehlte.

Die graduelle Aktivierung

Die zweite Form der Aktivierung die ich im Theorieteil beschrieben habe ist die *graduelle Aktivierung*. Diese besteht aus einer Änderung der Subjektivitätsform der Subalternen ohne, dass sich zunächst eigene Hegemonieapparate herausbilden. So weit zur Theorie. Bei den ERT muss man diese Änderung der Subjektivitätsform der Arbeiter innerhalb der Fabriken selbst suchen. Es wird innerhalb der Literatur zu den ERT oft von diesem Wandel der Subjektivität unter den Arbeitern einer besetzten Fabriken gesprochen (Rebón 2007, 222/Ruggeri 2009, 66). Der Anthropologe Andrés Ruggeri weist darauf hin, dass dieser Wandel der Subjektivität der Arbeiter eine ERT in einer Untersuchung schon vorausgesetzt wird mit der Annahme, dass die Existenz der ERT

schon selbst Beweis genug für den Wandel sind (Ruggeri 2009, 66). Dabei werden Prozesse der Bildung der Subjektivität der Arbeiter, welche vor der Erfahrung als *trabajador autogestionado* liegen nicht beachtet. Bevor die Arbeiter diesen Rollenwechsel vornahmen waren sie Teil der argentinischen Arbeiterklasse und daran gewöhnt sich der "Konditionierung der gewerkschaftlichen Mechanismen zur Problemlösung" (Ruggeri 2009, 67) unterzuordnen. Hinzu kommt das tradierte Bewusstsein zu einer "untergeordneten Klasse" mit einer "limitierten sozialen und politischen Teilhabe" (ebd.) zu gehören. Teil des Kollektivs einer ERT zu sein setzt die Arbeiter dadurch mit sich selbst in Konflikt und sie müssen diese vormals eingeübten Weisen ihres Verhaltens überwinden. Dabei gibt es keine Garantie für das Gelingen und es kommt oft vor, dass "die Identität des Arbeitnehmers über der des Selbstbestimmten bestehen bleibt." (Ruggeri 2009, 68) Die Veränderungen innerhalb der Subjektivität der Arbeiter der ERT ist fragil und hängt von der Dynamik innerhalb der jeweiligen Fabrik ab. Der Soziologe Julián Rebón kommt in seiner Studie über die ERT zu einem ähnlichen Ergebnis. Er stellt fest, dass diejenigen Mitglieder einer ERT, welche schon vor dem Prozess der Besetzung ein höheres kämpferisches und emanzipatives Klassenbewusstsein als Arbeiter hatten, auch den Prozess der Selbstbestimmung innerhalb ihrer ERT vorantreiben und eher "dazu neigen Führungsfunktionen in diesem" (Rebón 2007, 222) Prozess zu übernehmen. Es existieren unter den Arbeitern der ERT also sehr heterogene Bewusstseinsgrade hinsichtlich ihre Rolle als selbstbestimmte Arbeiter.

Die Reform des Konkursgesetzes als Passivierung

Die Reform des Konkursgesetzes war lange eine Forderungen verschiedener Organisationen und Vertreter der ERT (vgl. Magnani 2003, 47). Einige Organisationen, wie etwa die MNFRT um den Anwalt Luís Caro, verfolgten dieses Anliegen mit mehr Energie als andere, welche eher ein allgemeingültiges Enteignungsgesetz zugunsten der ERT verwirklicht sehen wollen, wie beispielsweise die MNRT. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die Vorschläge zur aktuellen Reform von Seiten der MNFRT kommen, deren Führer der peronistischen Regierung Christina Kirchners nahe steht.

Das Gesetz wurde am 29. Juni 2010 von der Präsidentin Christina Kirchner in Kraft gesetzt, nachdem es zuvor den Kongress und den Senat passiert hatte. (pagina/12, 29.06.2011) Die Reform des Gesetzes sieht für die ERT wichtige Änderungen vor. Darunter sind: Der Richter des Konkursverfahrens kann den Arbeitern, welche sich als eine *ccoperativa de trabajo* formiert haben, oder dabei sind sich zu einer zusammenzuschließen, die sofortige Weiterführung des Unternehmens erlauben, auch gegen den Willen des zuständigen Konkursverwalters. Des weiteren setzt es die ausstehenden Löhne und Gehälter der Arbeiter, die *créditos laborales*, mit den anderen Krediten des Unternehmens gleich, hinter welchen reale Garantien stehen, also beispielsweise Hypotheken. Den Arbeitern der neuformierten *cooperativa de trabajo* wird es erlaubt, Angebote für die Fabrik oder das Unternehmen abzugeben zu dem Preis, welchen das Gericht festsetzt. Die *créditos laborales* der Arbeiter der *cooperativa de trabajo* können dabei zum Kauf genutzt, also dem Preis entgegen gerechnet werden. Während des Verfahrens haben die Arbeiter der Kooperative die gleichen Mitspracherechte, wie der zuständige Konkursverwalter.

Die *Kontinuität* des Unternehmens oder der Fabrik, also die Weiterführung der selben, hängt dabei immer noch von einer Entscheidung des Richters ab. Die *viabilidad económica de la explotación*, also die Wirtschaftlichkeit einer weiteren Ausbeutung der Fabrik und Überlebensfähigkeit der selben, wird als Basis für die Entscheidung über eine Weiterführung etabliert. Die Arbeiter der *cooperativa de trabajo* müssen daher einen Plan über die wirtschaftliche Nutzung des Unternehmens vorlegen, um die Erlaubnis des Richters zu erhalten die Fabrik weiterführen zu können (vgl. Lozano 2010, 1 f.).

Die Reform legt auch den Umgang mit den existenten Schulden eines Unternehmens im Falle eines Konkurses oder einer Insolvenz fest, welcher für die Arbeiter von entscheidender Wichtigkeit sein kann. Wird zunächst ein Konkursverfahren eröffnet, haben die Arbeiter die Möglichkeit sich daran zu beteiligen und ihre Vorschläge über den Weiterbetrieb einzubringen. Sollten sie sich allerdings entschließen das Unternehmen zu übernehmen und selbst weiterzuführen, könnten sie beispielsweise dessen Aktien übernehmen. Allerdings müssen sie dann zu einer Übereinkunft mit dessen Gläubigern über die ausstehenden Schulden kommen. Im schlimmsten Fall würden sie also die Rettung des Unternehmens und gleichzeitig dessen alte Schulden

übernehmen. Kommt es aber zu einer Insolvenz können die Arbeiter die Fabrik übernehmen, ohne dass sie die alten Schulden begleichen müssen (vgl. Interview mit Luis Caro, OSERA 2011, 5 f.).

Interpretation der Vor- und Nachteile der Reform

Die Reform des Gesetzes wurde von vielen Organisationen der ERT begrüßt, war es schon seit dem Beginn der Entstehung des Phänomens eine der Hauptforderungen der verschiedenen Organisationen der ERT (Meyer 2006, 182). Betrachtet man die zahlreichen und langwierigen Konflikte besonders zu Beginn der Fabriksbesetzungen, so ist die Reform des Gesetzes ein Schritt nach vorne für die ERT. Ihre rechtliche Position wird gestärkt und der Konflikt der Besetzung einer Fabrik im Falle eines Konkurses oder einer Insolvenz wird vermieden. Zudem wird das Recht der Arbeit und Produktivität gegenüber den Kapitalinteressen gestärkt, in dem die Liquidierung und der Abverkauf der Güter an zweiter Position gesetzt wird und der Kontinuität der Fabrik eine höhere Priorität zuerkannt wird (vgl. Interview mit Luis Caro, OSERA 2011, 6). Mit der Anerkennung der *créditos laborales* es den Arbeitern erleichtert wird die Fabrik zu erwerben (vgl. Lozano 2011, 5). Die Reform des Gesetzes verleiht dem Prozess der Fabriksbesetzung und dem Anliegen der Arbeiter eine gewisse Legitimität. Es reguliert und legalisiert eine Situation, die bis dahin noch nicht reguliert war, was zu einer "Illegalität" derselben und oft zu einer Kriminalisierung der Arbeiter während des Konflikts geführt hat (vgl. Lozano 2011, 6 / vgl. Palomino 2011, 5).

Neben diese Vorzügen hat das Gesetz auch Nachteile. Für die Kooperativen könnte es schwer oder unmöglich werden die Anforderungen für eine Übernahme zu erfüllen, also einen soliden Wirtschaftsplan aufzustellen, der den zuständigen Richter zufrieden stimmt. Ausserdem können die *créditos laborales* je nach Situation des Unternehmens oder der Fabrik nicht für einen Kauf durch die Arbeiter ausreichen (Lozano 2011, 6).

Einen weiteren Kritikpunkt

Allerdings sind über die Konkreten Fakten, welche mit diesem Gesetz geschaffen wurden nicht alle Organisationen zur Gänze einverstanden (Ruggeri 2011, 41). Insbesondere die Festschreibung der legalen Form, welche sich die Arbeiter der ERT geben müssen, um die Kontinuität ihrer Fabrik zu sichern, die der *cooperativa de*

trabajo. Unter dieser Rechtsform besitzen die Arbeiter keine Sozial- und Arbeitslosenversicherung, etwa wie Angestellte oder Arbeitnehmer, sondern müssen sich als Selbstständige teuer selbst versichern, was für viele Arbeiter der ERT aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Die Arbeiter einer *empresa recuperada* werden also zu *cooperativistas* bzw. Selbstständigen, was nicht immer dem Selbstempfinden der Arbeiter der ERT entspricht (Ruggeri 2009, 68). Eben deswegen, weil die Form der *cooperativa de trabajo* oft von Unternehmern im Vorfeld der Krise von 2001 ausgenutzt wurde, um sich die Lohnnebenkosten der Arbeiter zu sparen und ihre Löhne drücken zu können. In Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit sind die Arbeiter erpressbar. Von Seiten der Unternehmungsführung wurde ihnen daher die Form einer *cooperativa de trabajo* unter der Drohung aufgezwungen, sie sonst ganz zu entlassen (Meyer 2006, 181). Die Situation der ERT ist durch die Reform des Konkursgesetzes noch lange nicht geklärt, weshalb von Teilen der Bewegung Forderungen an den Staat bestehen bleiben. So gibt es schon einen Vorschlag zur Reform des Gesetzes eingebracht, welches die Statuten einer *cooperativa de trabajo* regelt. (Palomino 2011, 6). Des Weiteren kollidiert die Form der *cooperativa de trabajo* auch oft mit dem Selbstverständnis und der Subjektivität der Arbeiter und der argentinischen Arbeiterklasse, bzw. sehen sich die Arbeiter einer ERT nicht als *cooperativistas* sondern eben als Arbeiter oder dann als *trabajadores autogestionados*. Die Errungenschaften der Arbeiterklasse als *trabajador asalariado* gehen ihnen mit der Übernahme der legalen Form einer *cooperativa de trabajo* verloren, so werden die gültigen Tarifverträge im Falle eines Konkurses oder der Insolvenz ausgesetzt. Die Übernahme der Tarifverträge wird in der Gesetzesreform nicht geregelt bzw. kann auch gar nicht in Betracht kommen, da aus Arbeitnehmern ja Selbstständige werden. Aus diesem Grund sind die Arbeiter unter der Form einer *cooperativa de trabajo* im Gegensatz zu anderen abhängigen Arbeitern und Angestellten auch auf anderen Gebieten benachteiligt. So haben sie als Selbstständige über die dafür vorgesehene Sozialversicherung Zugang zu einer Renten- und Krankenversicherung. Allerdings gehen ihnen Zusatzleistungen verloren, welche ihnen als abhängige Arbeitnehmer zustanden, etwa eine Unfallschutzversicherung am Arbeitsplatz und das monatlich bezahlte staatliche Kindergeld (*Asignación universal por hijo*). Im Falle der Rentenversicherung gehen den Arbeitern der ERT, welche sich bereits im Rentenalter befinden ihre zuvor als

abhängige Arbeitnehmer erworbenen Ansprüche verloren, wenn sie als Selbstständige weiterarbeiten. Sie würden in den meisten Fällen nur die Mindestrente beziehen, was dazu führt, dass viele Arbeiter der ERT im rentenfähigen Alter weiterarbeiten müssen. (vgl. Ruggeri 2010, 100 ff.)

Aspekte der Passivierung durch die Gesetzesreform

Die Reform des Konkursgesetzes muss man als einen wichtigen Erfolg für die Bewegung der ERT werten, war diese schon lange eine Forderung seitens der verschiedenen Organisationen, welche mit den ERT verbunden sind. Andererseits wird aus Teilen der Bewegung und deren Beobachter ebenfalls darauf hingewiesen, dass diese Reform nicht alle Probleme lösen kann, welche sich den ERT stellen (Ruggeri 2010, 41). Zudem gehen die innerhalb der Bewegung der ERT formulierten Forderungen über die Reform des Konkursgesetzes hinaus.

Aus Sicht der Theorie stellt die Reform damit ein Entgegenkommen des Staates und der Regierung als Vertreter der herrschenden Verhältnisse und Klasse gegenüber der Aktivierung der Arbeiter dieses Phänomens und demnach eine Passivierung im Sinne einer *passiven Revolution* dar. Dies geschieht in diesem Falle nicht aus einer realen Schwäche der Regierung heraus, denn die ERT sind aufgrund ihrer Größe keine potentielle Gefahr für die herrschenden Verhältnisse, den Modus der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reproduktion. Vielmehr ist es eine Passivierung auf einer symbolischen und ideologischen Ebene, welche gut in das Konzept der Regierung Christina Kirchners der sozialen Inklusion durch die Stärkung der nationalen Industrie, deren erwünschte Effekte auf den Arbeitsmarkt und die Integration der Bevölkerung in dieses gesellschaftliche Reproduktionsregime passt. Die überraschende Ankündigung der Reform durch 17. März 2010 durch Christina Kirchner auf einer Veranstaltung in einer *empresa recuperada* zusammen mit dem Ausspruch “La Argentina es una gran fábrica recuperada“ (pagina/12: 17.03.2010) und die rasche Umsetzung dieser Reform kurz vor der Präsidentschaftswahl 2011 passt in das Bild einer symbolischen und ideologischen Funktion.

Auf der praktischen Ebene zielt die Reform des Konkursgesetzes auf eine

Institutionalisierung der ERT in die bestehenden gesetzlichen Strukturen ab. Durch die Reform wird erstens die legale Form der *cooperativa de trabajo* für die ERT festgeschrieben, welche in ihrer heutigen Form wesentliche Nachteile für die Arbeiter der ERT bringt. Zweitens wird durch die Anerkennung der *créditos laborales* der Arbeiter als *de facto* Zahlungsmittel für den Kauf der Konkursmasse eines Unternehmens oder einer Fabrik der kritische Punkt über den Status des Privateigentums und dessen Ausbeute durch die Arbeiter einer ERT umgangen. Die Arbeiter werden im günstigsten Falle rechtmäßige Eigentümer ihrer Produktionsmittel. Der Staat erspart sich in diesem Falle das Eingreifen durch Enteignungen und durch die Institutionalisierung des Konflikts in die kapitalistische Logik wird der langwierige und konfliktreiche Prozess der Besetzung einer Fabrik und der Wiederherstellung ihrer Arbeitsplätze durch die Arbeiter befriedet. Drittens wird durch die Befriedung des Konfliktmoments erreicht, dass die Aufmerksamkeit welche eine Fabriksbesetzung auf sich zieht, gemindert wird. Gerade wenn es zu Versuchen der Räumung von besetzten Fabriken kommt ist mediale Aufmerksamkeit und die Solidarität der Bevölkerung mit den Arbeitern der besetzten Fabrik am größten (Ruggeri 2011, 26). Viel wichtiger ist bei diesem Punkt allerdings, dass mit dem Wegfall der Konflikte während der Besetzung das die Subjektivität der Arbeiter als *trabajadores autogestionados* konstituierende Moment verloren geht. Je länger ein Konflikt um eine Fabriksbesetzung andauert, desto größer wird der Grad der Solidarität unter den Arbeitern und desto eher verschwinden die hierarchischen Strukturen unter den Arbeitern (Magnani 2003).

Conclusio

Die *empresas recuperadas* sind in erster Linie eine Praxis der argentinischen Arbeiter um auf den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze zu reagieren. Diese Bedrohung war zu Beginn des Phänomens der ERT durch die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit gegeben, welche das Resultat der neoliberalen Politik der 90er Jahre und der mit dieser voranschreitenden Deindustrialisierung Argentiniens war. Das Besetzen von stillgelegten oder sich im Konkurs befindenden Fabriken durch ihre Arbeiter und die Wiederaufnahme bzw. Weiterführung der Produktion, etablierte sich als gängige Praxis,

als die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2001 in Argentinien innerhalb der Gesellschaft am stärksten zu spüren waren. Diese Krise war nicht nur eine Krise der wirtschaftlichen Reproduktion, sondern auch eine Legitimitätskrise der politischen Repräsentation und des Staates. In diesem Klima begannen sich die Praxis der ERT zu vervielfältigen. Mit dem Wiedereinsetzen der ökonomischen Reproduktion nach der Wirtschaftskrise begann auch die Zahl der Fabriksbesetzungen zurückzugehen.

Die Tatsache allerdings, dass es bis heute zu neuen Fabriksbesetzungen in Argentinien kommt, zeigt, dass diese Praxis sich als eine Taktik zur Erhaltung von Arbeitsplätzen innerhalb der argentinischen Arbeiterschaft etabliert hat. Zu Beginn der Arbeit habe ich die Frage gestellt, ob es den ERT in Argentinien gelingt eine eigene Hegemonie im Sinne Antonio Gramscis zu entwickeln und inwieweit sie diese in die herrschenden Verhältnisse in Argentinien einschreiben können. Um dies untersuchen zu können habe ich drei Stufen der Aktivierung der Subalternen entwickelt und versucht diese innerhalb des Phänomens der ERT nachzuweisen. Gleichzeitig sollten die Mechanismen der Passivierung seitens der herrschenden Klasse gegen die Aktivierung der Subalternen untersucht werden. Dieses Vorhaben hat sich als sehr schwierig erwiesen und dabei besonders das Festmachen und Identifizieren von eigenen Hegemonieapparaten der Arbeiter der ERT, in welchen die Subjektivität des selbstbestimmten Arbeiters reproduziert wird.

Ausgehend von dem Begriff der *einfachen Aktivierung*, der das Vorgehen der Arbeiter gegen eine sich ihnen stellende Krise ihrer eigenen materiellen Reproduktion beschreibt, komme ich zu dem Schluss, dass diese in der Praxis der ERT gegeben ist. Das Konzept der *einfachen Aktivierung* beinhaltet einen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen der kapitalistischen Reproduktion. Mit der Praxis der Fabrikbesetzung, der Besetzung von Privateigentum und der Forderung dieses zum Zwecke der eigenen Reproduktion auszubeuten, ist der Bruch mit einem dieser herrschenden Verhältnisse gegeben. Der daraus resultierende Konflikt wird durch die von mir angeführte *Passivierung* durch die Reform des Konkursgesetzes aufgelöst. Diese Reform institutionalisiert den Prozess der ERT in das Verhältnis des Privateigentums, welches die Arbeiter nun selbst erwerben.

Betrachtet man die zwei weiteren Formen der Aktivierung, die *graduelle* und die *permanente*, welche erstens die Ausbildung einer eigenen Subjektivität bei den

Arbeitern der ERT und zweitens die Entstehung eigener Hegemonieapparate der ERT auf Basis dieser Subjektivität voraussetzt, ist es nicht möglich über deren Existenz bei den ERT präzise Aussagen zu treffen. Eine einheitliche Subjektivität der Arbeiter der ERT ist empirisch nicht nachweisbar. Jede ERT ist in dieser Hinsicht ein eigenes abgeschlossenes Feld und die Netzwerke welche die Fabriken untereinander knüpfen sind von verschiedenster Beschaffenheit. Der Grad der Mobilisierung und Integration der ERT ausserhalb der Fabriken, hängt zu dem stärker von vorangegangenen Erfahrungen einzelner Mitglieder und deren Militanz innerhalb der argentinischen Arbeiterbewegung ab, als von der Erfahrung als selbstbestimmter Arbeiter. Die Herausbildung von Hegemonieapparaten innerhalb der Bewegung der ERT ist ebenfalls schwer zu bewerten. Zu diesen zählen die verschiedenen Organisationen, welche sich rund um die ERT gebildet haben, aber auch hier herrscht eine starke Heterogenität hinsichtlich ihrer Forderungen an den Staat und der Definition der Bewegung der ERT vor. Von einer einheitlichen Hegemonie der Bewegung der ERT kann also nicht gesprochen werden.

Die Persistenz der ERT in Argentinien und die auch heute immer wieder vorkommenden Fälle von Fabriksbesetzungen, lassen darauf schliessen, dass sich diese Taktik der Arbeiter als Lösung einer Krise der eigenen materiellen Reproduktion etabliert hat. Durch die Reform des Konkursgesetzes wird diese allerdings in die herrschenden Verhältnisse integriert.

Noch eine Bemerkung zu meiner Arbeit. Es muss angemerkt werden, dass das von mir erarbeitete begriffliche Instrumentarium der drei Formen der Aktivierung für eine empirischen Analyse nicht geeignet ist. Die verschiedenen Aktivierungsbegriffe sind unscharf und ich bin der Meinung, dass eine Analyse der *empresas recuperadas* anhand der Begriffe von Adolphs und Karakayali sowie Buci-Glucksmann ausreichend gewesen wäre. Dies hätte eine bessere und genauere Analyse der Empire zu den *empresas recuperadas* zugelassen.

Literatur:

Adolphs, Stephan / Serhat Karakayali (2007): Die Aktivierung der Subalternen - Gegenhegemonie und passive Revolution. In: Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang, Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Münster?, 121 – 140.

Bates, Thomas R. (1975): Gramsci and the Theory of Hegemony. In: Journal of the History of Ideas, Volume 36, Nr. 2, 351-366. Philadelphia.

Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen. Hamburg.

Buci-Glucksmann, Christine (1977): Über die politischen Probleme des Übergangs: Arbeiterklasse, Staat und passive Revolution. In SOPO 41, 13-35.

Buci-Glucksmann, Christine (1981): Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie. Köln.

Candeias, Mario: Gramscianische Konstellationen, Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen
In: Andreas Merckens/Victor Rego Diaz (Hg.): Mit Gramsci arbeiten, Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis.

Demirovic, Alex u.a. (2002): Leben und Werk von Nicos Poulantzas. In: Nicos Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg, 10-34.

Gasparini, Leonardo/Cruces, Guillermo (2010): Las asignaciones universales por hijo: Impacto, discusión y alternativas. CEDLAS, Documento de trabajo, N°102. La Plata.
Giarraca, Norma (2007): Tiempos de rebelión: “Que se vayan todos”. Calles y plazas en la Argentina: 2001-2002. Buenos Aires.

Hujo Katja (2002): Die Wirtschaftspolitik der Regierung Menem: Stabilisierung und Strukturreform im Kontext des Konvertibilitätsplans.

In: Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hg.): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt/Main.

James, Daniel (2010): Resistencia e integración. El peronismo y la clase trabajadora argentina. Buenos Aires.

Magnani, Esteban (2003): El cambio silencioso. Empresas y fábricas recuperadas por los trabajadores en la Argentina. Buenos Aires

Meyer, Laura (2006): Investigación y praxis de los movimientos de resistencia. In: Calello, Hugo/Neuhaus, Susana: Hegemonía y emancipación. Fábricas recuperadas, movimientos sociales y poder bolivariano. Buenos Aires.

McGuire, James W. (1997): Peronism Without Perón. Unions, Parties and Democracy in Argentina. Stanford.

Narodowski, Patricio/Panigo, Demian (2010): El nuevo modelo de desarrollo nacional y su impacto en la Provincia de Buenos Aires. In: Cuadernos de Economía del Ministerio de Economía de la Provincia Buenos Aires – Julio 2010, Nr. 75. Buenos Aires.

Palomino, Héctor (2002): Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Staat: Akteure und Spielregeln im Wandel.

In: Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hg.): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt/Main.

Palomino, Héctor u.a. (2011): Cuestiones actuales sobre el universo de empresas recuperadas y las nuevas lógicas de agregación de los actores. In: OSERA Nr.5, Primer semestre 2011. Buenos Aires.

Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.

Rebón, Julian (2007): *La empresa de la autonomía. Trabajadores recuperando la producción*. Buenos Aires.

Panigo, Demian/Neffa, Julio César (2009): *El mercado de trabajo argentino en el nuevo modelo de desarrollo*. Documento de trabajo del Ministerio de Economía y Finanzas públicas. Buenos Aires

Romero, Luis Alberto (2002): *A history of Argentina in the twentieth century*. Univerity Park, Pennsylvania.

Ruggeri, Andrés (2009): *El neoliberalismo global y el surgimiento de las empresas recuperadas*. In: Ruggeri, Andrés (Hg.): *Las empresas recuperadas. Autogestión obrera en Argentina y América Latina*. Buenos Aires. 20-26.

Ruggeri, Andrés (2011): *Las empresas recuperadas en la Argentina, 2010: informe del tercer relevamiento del Programa Facultad Abierta*. Buenos Aires.

Schvarzer, Jorge (1997): *Das System der Lohnregulierung im modernen Argentinien*. In: Sevilla, Rafael/Zimmerling, Ruth (Hg.): *Argentinien. Land der Peripherie?* Bad Honnef. 251-275.

Svampa, Maristella (2005): *La sociedad excluyente. La Argentina bajo el signo del neoliberalismo*. Buenos Aires.

Wolff, Rick (2004): *ideologische Staatsapparate / repressiver Staatsapparate*. In: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/I. Hegemonie bis Imperialismus*, 761 – 772. Hamburg.

Wyczykier, Gabriela (2009): De la dependencia a la autogestión laboral. Sobre la reconstrucción de experiencias colectivas de trabajo en la Argentina contemporánea. Buenos Aires.

Zeitungen und Internetquellen:

pagina/12: 29.Juni 2010: CFK promulgó la reforma de la Ley de Quiebras.

Zugriff: 3. Januar 2012

<http://www.pagina12.com.ar/diario/ultimas/20-171094-2011-06-29.html>

pagina/12: 17. März 2010: Cristina: "Es hora de que empiecen a pagar los pecadores".

Zugriff: 28. Januar 2012

<http://www.pagina12.com.ar/diario/ultimas/20-142205-2010-03-17.html>

Lozano, Maria Paula: Análisis del Proyecto del Poder Ejecutivo Nacional sobre la Reforma a la Ley de Concursos y Quiebras. Zugriff: 3. Januar 2012

<http://www.elcambiosilencioso.com.ar/wp-content/uploads/2010/04/Análisis-del-proyecto-del-PEN-sobre-reforma-a-la-LCQ-corregido.pdf>

Weltbank: http://databank.worldbank.org/ddp/html-jsp/QuickViewReport.jsp?RowAxis=WDI_Ctry~&ColAxis=WDI_Time~&PageAxis=WDI_Series~&PageAxisCaption=Series~&RowAxisCaption=Country~&ColAxisCaption=Time~&NEW_REPORT_SCALE=1&NEW_REPORT_PRECISION=0&newReport=yes&ROW_COUNT=1&COLUMN_COUNT=10&PAGE_COUNT=1&COMMA_SEP=true

Abstract

Die Diplomarbeit leitet aus der Hegemonietheorie Antonio Gramscis und deren Interpretation durch Christine Buci-Glucksmann, sowie der Autoren Adolphs und Karakayali, eigene Begriff zur Aktivierung der Subalternen ab und versucht diese Anhand einer Analyse der *empresas recuperadas* (wiederhergestellte Unternehmen und Fabriken) in Argentinien anzuwenden. Die *empresas recuperadas* in Argentinien entstanden im Laufe der Wirtschaftskrise von 2001. Durch diese und der vorangegangenen Wirtschaftspolitik kam es in Argentinien zu einer starken Deindustrialisierung in deren Zuge die Arbeitslosigkeit stark anstieg. Angesichts mangelnder Alternativen ihren Lebensunterhalt zu sichern, begannen die Arbeiter ihre stillgelegten Fabriken zu besetzen und unter ihrer eigenen Regie wieder in Betrieb zu nehmen. Dies führte zu Konflikten zwischen den Arbeitern und den Eigentümern der Fabriken bzw. derer Gläubiger, wodurch es zu langen Prozessen der Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter kam.

Nachdem das Phänomen der *empresas recuperadas* lange Zeit innerhalb einer rechtlichen Grauzone existierte, reformierte die argentinische Regierung unter Christina Kirchner im Jahr 2011 das Konkursgesetz. Dieses erleichtert den Arbeitern die Übernahme ihrer Fabrik. In der Analyse der *empresas recuperadas* und des reformierten Konkursgesetzes soll geklärt werden, ob die *empresas recuperadas* eine Aktivierung der Subalternen darstellen und ob die Reform des Konkursgesetzes eine Passivierung dieser Aktivierung darstellt. Die Diplomarbeit kommt zu dem Schluss, dass die *empresas recuperadas* zwar eine neue Taktik im Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen der argentinischen Arbeiter darstellt, diese Taktik aber nicht zu einer eigenen Hegemonie der Subalternen führt. Vielmehr werden die *empresas recuperadas* durch die Reform des Konkursgesetzes in die herrschenden Verhältnisse eingebettet und passiviert.

LEBENS LAUF

Name: Stephan Ebert
Geburtstag: 16.04.1983
Geburtsort: Berlin
Nationalität: Deutsch
Email: ebsebert@gmail.com

AUSBILDUNG

Fertigstellung der Diplomarbeit: Januar 2012
Diplomstudium der Politikwissenschaft: 2004 - 2012
Universität Wien, Österreich
Gymnasium:
Franz Marc Gymnasium, Markt Schwaben,
Deutschland 1993 - 2002

BERUF SERFAHRUNG

Diver, Wien, Österreich seit 2009
Go, Wien, Österreich seit 2009
La Base, Buenos Aires, Argentinien August - September 2007
Gasteig, München, Deutschland Juni – Dezember 2003

QUALIFIKATIONEN

Sprachkenntnisse: Deutsch (Muttersprache)
Englisch (fließend)
Spanisch (fließend)